

Otto Köhler: Hitler wäre doch nicht nötig gewesen

<http://www.jungewelt.de/bibliothek/serie/686>

Deutschland macht sich wieder breit

(von Otto Köhler, in “Junge Welt” in fünf Teilen publiziert)

24.12.2011

Blutbad und dann Krieg nach außen

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil I (1871–1918): Zum Platz an der Sonne [Mehr](#)

27.12.2011

Von Bordeaux bis Odessa

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil II (1919–1933): Interessengemeinschaft für ein neues Reich [Mehr](#)

28.12.2011

Der Diktator ihres Vertrauens

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil III (1933–1945): Hitler wäre doch nicht nötig gewesen [Mehr](#)

29.12.2011

Eine Armee, die sich einen Staat hält

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil IV (1945–1999): Der Krieg gegen Belgrad wird zum Gründungsmythos der Berliner Republik [Mehr](#)

30.12.2011

Führerin des Kontinents

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil V und Schluß (2000–2011): Berlin beherrscht heute Europa, weil die Wehrmacht die besetzten Länder arm gemacht hat [Mehr](#)

Otto Köhler hat die Geschichte des deutschen Imperialismus zusammengefasst.
Hier sind die 5 Teile aus der Jungen Welt zusammenkopiert. Für ein besseres 2012.

Blutbad und dann Krieg nach außen

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil I (1871–1918): Zum Platz an der Sonne

Von Otto Köhler



Abbildung 1:
Große Pläne –
Wilhelm II.,
Sprachrohr deutscher
Generale, Junker und
Industrieller
(Propagandapostkarte,
1915)Foto: jW-
Archiv

Deutschland ist wieder da. Die gute alte Zeit ist vorbei. Noch 1988 stellte die Brockhaus-Enzyklopädie fest: »Deutschland, das Gebiet in Mitteleuropa (471100km²), das als Deutsches Reich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges eine staatsrechtl. Einheit bildete.« Doch diese erfreuliche Vergangenheitsform hielt da nur noch zwei Jahre an.

Deutschland ist eine Erfindung des preußischen Blut-und-Eisen-Junkers Otto von Bismarck, der den unzurechnungsfähigen bayerischen König Ludwig II. wunschgemäß bestochen hatte: »Sechs Millionen Gulden würden ihm sehr angenehm sein, vorausgesetzt, daß die Minister nichts erfahren«, telegraphierte – »ganz geheim« – der preußische Botschafter aus München an Bismarck und erläuterte, wie daraus Deutschland entstünde: »Für diese Summe würde er sich auch zur Kaiserproklamation und Reise nach Versailles entschließen.« Noch ganz ohne Ehrenwort, allerdings: Dieser Kanzler der Einheit war damals nicht der Bestochene, sondern der Bestecher.

Aus Krieg und Korruption geboren war Deutschland, wie es mit dem Reich des zum Kaiser ausgerufenen Preußenkönigs Wilhelm I. entstand. Der Zuruf erfolgte auf fremdem okkupierten Staatsgebiet, im Schloß von Versailles. Die Großmacht Preußen wollte fortan zur Weltmacht Deutschland heranwachsen.

Für so etwas war der richtige Mann Wilhelm Zwo, der dem Sechsmillionenguldenkaiser nach dem Schnelldurchlauf einiger Zwischenherrscher nachfolgte. Wobei er nur das geniale Großmaul war, dessen Aggressivität von Generalen, Junkern und Wirtschaftsbaronen bestimmt wurde. 1888 kletterte er auf den Thron, und setzte schon bald den preußischkleindeutschen Bismarck vor die Tür. Großes bahnt sich an.

»Abschießen, köpfen...«

1871 begab sich Deutschland erst einmal ohne Verzug auf den richtigen Klassenstandpunkt. Es spannte den Rettungsschirm über die französische Bourgeoisie auf und sorgte für ein Blutbad. Der französischen Regierung, gerade noch Todfeind, lieferte es Waffen und Munition, ja ließ Kriegsgefangene frei, damit die im von den Deutschen eingeschlossenen Paris die Kommune abschlachteten: 30000 Menschen verloren dank dieser deutschfranzösischen Verständigung ihr Leben.

So wollte Wilhelm Zwo auch in Deutschland verfahren, zumal er sich im Kriegführen durch die Sozialdemokraten, diese »Rotte von Menschen, nicht wert den Namen Deutscher zu tragen«, behindert fühlte. »Daß wir wegen unserer Sozialdemokraten keinen Mann aus dem Land nehmen könnten, ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger«, schrieb Wilhelm seinem Kanzler Bülow als Neujahrsbotschaft für 1906. Und: »Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen – wenn nötig per Blutbad – und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher ...«

Doch als es 1914 so weit war, erwies sich dieses Blutbad als unnötig. Die Sozialdemokraten präsentierten sich als des Kaisers treueste Untertanen und schlachteten lieber selber, nicht sich, sondern des Kaisers und der Konzerne Feinde.

Das lauterste Deutschland entstand am 28. September 1890, dem Tag, den der Industriellenverband Gesamtmetall – kalendarisch falsch, aber politisch korrekt – heute als seinen eigenen Geburtstag betrachtet (doch davon später, siehe Deuropa, Teil IV).

Der junge Alfred Hugenberg – künftiger Banker, Krupp-Direktor, Chef des Scherl-Konzerns sowie der UFA, Hitler-Steigbügelhalter - gründete an diesem Tag zusammen mit Vertretern der Ruhrmonopole den Alldeutschen Verband. Er starb übrigens erst im März 1951, als Adenauer schon eineinhalb Jahre regierte, war aber zuvor – wie es sich gehört für einen der Hitler zur Macht verholfen hatte – bei der Entnazifizierung als »Entlasteter« eingestuft worden.

Minderwertige Völklein

»Wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.« So hatte im Dezember 1897 der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow in einer Reichstagsdebatte mehr Kolonien für die Weltmacht Deutschland gefordert. Die Alldeutschen Blätter hatten dies schon im Januar 1894 in ihrem Leitartikel »Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am deutschen Nationalstaat« differenzierter gesehen. Sie würdigten die »Einigung Kleindeutschlands« durch Bismarck, den »Zwingherr (n) zur Deutscheit«, gaben aber zu bedenken: »Möchten daher die Kleindeutsch-Selbstzufriedenen es sich gesagt sein lassen: Überseeische Siedelungen werden allerdings die wirtschaftliche Wohlfahrt des deutschen Reiches fördern helfen, aber die angestrebte Weltstellung, vor allem diejenige Weltstellung, die unserem Volke nach seiner Begabung und Kraft gebührt, werden wir nimmer erringen können und noch viel weniger aufrecht zu erhalten vermögen, wenn uns nicht die nationale Zusammenfassung des gesamten deutschen Volkstums in Mitteleuropa, d.h. die schließliche Herstellung Großdeutschlands gelingt.«

Eine Rückbesinnung auf die Zivilgesellschaft tat not: »Der alte Drang nach Osten soll wieder lebendig werden. Nach Osten und Südosten müssen wir Ellenbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slovaken, die das Nationalitätsprinzip anrufen, ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten.«

1950 lag das Baby Bundesrepublik noch in den Windeln, doch der Alldeutsche Verband, dieses Sprachrohr und dieser Think-tank der deutschen Industriellen, hatte schon 1895 für diese Zukunft seinen Plan gemacht: »Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950« hieß das Exposé, das damals die Alldeutschen Blätter veröffentlichten.

»Großdeutschland besteht demnach aus einem großdeutschen Bunde und einem großdeutschen Zollverein. Der großdeutsche Bund wird gebildet aus 1. dem jetzigen kleindeutschen Kaiserreich einschließlich Luxemburg, 2. den Niederlanden (Holland und Belgien), 3. der deutschen Schweizer Eidgenossenschaft, 4. dem österreichischen Kaiserreich. Der großdeutsche Zollverein wird gebildet aus 1. dem großdeutschen Bunde, 2. den baltischen Fürstentümern, 3. dem Königreich Polen, 4. dem Königreich Ruthenien, 5. dem Königreich Rumänien, 6. dem Königreich Großserbien.«

Da gab es manche freundliche – Österreich sollte den Hafen von Saloniki erwerben und zum Freihafen machen –, aber auch umso nachdrücklichere Ratschläge an die betroffenen Völker: »Wenn unsere niederländischen Volksgenossen in Holland erst ihre fast kindliche Furcht vor einer »Annexion durch die Preußen« abgelegt haben, werden sie begreifen, daß der Anschluß der Niederlande an ein Großdeutschland im beiderseitigen Vorteil liegt.« Die Gegensätze zwischen Flamen und Wallonen müßten »mit Sicherheit das Deutsche Reich zum Eingreifen zwingen«. Antwerpen würde dann »Reichsfestung und Reichskriegshafen« und durch eine »direkteste Eisenbahn« – ICE? – »mit Berlin verbunden«.

Deutschland und Frankreich sollten sich – das geschieht heute – »auf friedlichem Wege auseinandersetzen«. Wie? Genau so wie unter Merkozy: »Natürlich auf fremde Kosten, wie es realpolitisch gesinnte Staatswesen stets thun.«

Polen, dessen Außenminister heute liebevolle Unterwerfungserklärungen an ein Merkel-Europa abgibt, sollte einen König aus der katholischen Linie des Wettiner Hauses abbekommen, auf eigene Armeen verzichten und in seinen Festungen deutsche Garnisonen aufnehmen – tatsächlich treibt sich heute Bundeswehr zu Manöververanstaltungen in Polen herum.

Wichtig: Im großdeutschen Kernbereich, dem Deutschen Bund mußte sorgfältig unterschieden werden zwischen einfachen »Staatsangehörigen und volldeutschen Bürgern«. Denn das war ja – 1895 – zu bedenken:

»Das Deutsche Reich ist weder ein »deutsches« Reich, noch ist es »das« Deutsche Reich. Im heutigen Deutschen Reich wohnen neben 47 Millionen Deutschen 4 Millionen Undeutsche, und außerhalb dieser schwarzweißroten Grenzpfähle wohnen allein in Europa auch noch 21 Millionen Deutsche, davon 2 Millionen in der Schweiz, 10 Millionen in Oesterreich-Ungarn, 1 Million in Rußland und 8 Millionen Niederdeutsche in Belgien und den Niederlanden.«

Daraus ergebe sich »für uns Deutsche« zunächst die »Verwandlung des jetzigen deutschen Sprachgebietes innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen in ein deutschvolkliches Staatsgebilde.«

Und es wurde für Deutschland einfach zu eng, wie der Alldeutsche Verband schon 1890 erkannte: »In die Mitte national geschlossener Volkskörper gezwängt und selbst erst spät zu einer staatlichen Einheit einiger seiner Hauptbestandteile gelangt, hat das Deutschtum mit größeren Schwierigkeiten der Entwicklung zu kämpfen als fast alle übrigen Völker.« Das Schlimmste: »Die Beschränkung des deutschen Wirtschaftsgebietes führt zu einer Verzettelung des Kapitals.«

Damit mußte Schluß sein. Deutsches Kapital sollte nicht länger verzettelt werden. Wilhelms Panthersprung nach Agadir sollte Marokko für Deutschland öffnen. Von hier aus war die beste Möglichkeit, weiter nach Südamerika zu springen und von dort die USA in Schach zu halten. Das mißlang erst einmal. Wilhelm scheute da, 1911, noch vor einem Krieg zurück. Doch schon beim Großen Kriegsrat vom 8. Dezember 1912 sah Wilhelm einen Waffengang wegen Serbien als unvermeidlich an, gegen Frankreich müsse der Krieg »mit aller Wucht« geführt werden. Generalstabschef Helmuth Graf von Moltke wollte sofort losschlagen, man müsse nur »durch die Presse das Volk darüber aufklären (...), für welche Interessen Deutschland in diesem Krieg zu kämpfen habe«. Doch Marineminister Alfred von Tirpitz setzte zur besseren Ausstattung seiner Flotte, die England schlagen mußte, einen Aufschub von eineinhalb Jahren durch. Der wurde pünktlich eingehalten.

»Unreife Thesen«



–
Mit Gasmasken auf dem Weg zur
Weltmachtstellung –
Bedienungsmannschaft eines
deutschen Flugabwehr-MGs (ohne Ort,
1915)
Foto: Bundesarchiv-Bild

So schlitterten, nach dem einmütigen Urteil der Historiker, die Staatsmänner Deutschlands und Europas in einen Krieg, den keiner gewollt hatte.

Es war lange vor der Erneuerung Deutschlands durch Helmut Kohl der Hamburger Historiker Fritz Fischer, der mit seinem »Griff nach der Weltmacht« (1961) die gute Ordnung der Geschichtswissenschaften durcheinanderbrachte, indem er nachwies, daß die deutsche Politik und Wirtschaft nicht hineingeschlittert waren. Sie haben nach Krieg geschrien und ganze Kataloge – nachzulesen in Reinhard Opitz' tausendseitiger Dokumentation »Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945« (1977) – von Kriegszielen aufgestellt, um Deutschlands Herrschaft über Mitteleuropa und noch möglichst weit darüber hinaus zu errichten.

Unter den etablierten bundesrepublikanischen Historikerkollegen löste Fischers Buch schnell Abscheu, Wut und Empörung aus. Von einer »nationalen Katastrophe« sprach verständlicherweise jener Theodor Schieder, der schon im Oktober 1939 in einer Denkschrift zur »Eindeutschung Posen und Westpreußens« die sofortige »Umsiedlung« von erst einmal 2,9 Millionen Juden und Polen verlangte und dann 1953 – Wiedergutmachung? – für Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (NSDAP, Bataillon Nachtigall, CDU) die vielbändige Dokumentation über die »Vertreibung der Deutschen« herausgab. Der Konservative Gerhard Ritter, der im Widerstand gegen Hitler dilettiert hatte, schaltete das kompetente Auswärtige Amt ein, um eine Vortragsreise Fischers in den USA zu verhindern. Das war geboten. Denn Fischer sprach erstmals in geballter Form von deutschem Imperialismus, von Wirtschaftsexpansion und Weltmachtanspruch und vor allem auch von den bombastischen Kriegszielprogrammen der deutschen Industrie. Fischers »völlig unreife Thesen« – so Gerhard Ritter – verkannten, daß der »Nationalsozialismus« ein »Irrweg« war und

überhaupt nicht zur deutschen Geschichte gehörte; Deutschland ist wie alle anderen Ländern auch ahnungslos in den Krieg hineingerutscht und schon gar nicht konnte über eine Kontinuität der deutschen Außen- und Expansionspolitik vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg gesprochen werden. Die Bundeszentrale für Politische Bildung veröffentlichte – das war nötig – eine Aufklärungsschrift Ritters, die in Fischers Buch eine »Zersetzung des Wehrwillens der deutschen Jugend« erkannte.

Ein halbes Jahrhundert ist das her und schien lange vergangen. Fischers Erkenntnis, daß Deutschland nicht in den Krieg schlitterte, sondern ihn planmäßig nach den Expansionswünschen der deutschen Industrie und ihrer alldeutschen Ideologen inszenierte, schien sich in der historischen Wissenschaft durchgesetzt zu haben.

Engagiert in der Kriegswirtschaft

Doch mit der zurückgewonnenen Größe und den Rohstoffkriegen des glücklich wiedervereinten Deutschland, gibt es neue Einsichten. Denn nunmehr hat die »kaum mehr überschaubare Weltkriegsforschung« – aber einer überschaut sie doch – »gezeigt, daß der Krieg letztlich aus politischen und militärischen Überlegungen heraus im Sommer 1914 in Kauf genommen beziehungsweise, weil ohnehin unvermeidlich scheinend, zu diesem Zeitpunkt insbesondere von maßgeblichen deutschen Militärs für günstig gehalten wurde« – aber mit der deutschen Wirtschaft, stupid, und irgendwelchen Expansionsplänen hatte das alles nichts zu tun.

Das weiß Professor Werner Plumpe, der hoch oben von seinem Frankfurter Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der einstigen IG-Farben-Trutzburg, der heutigen Universität, den besten Überblick bis hin zu den Türmen der Deutschen Bank hat. Er stellt von dieser Warte aus heute für die Zeit vor 1914 fest: »Die deutsche Industrie war vor dem Krieg gegen den Krieg – trotz anderweitiger Unterstellungen aus der Schule Fritz Fischers und trotz geradezu emsiger Bemühungen der DDR-Forschung, den Krieg als geplante Handlung des deutschen Imperialismus nicht zuletzt mit Unterstützung maßgeblicher deutscher Wirtschaftskreise erscheinen zu lassen.«

Der Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Frankfurter Universität ist zu solcher Feststellung legitimiert. Denn Werner Plumpe ist neben- oder vielleicht doch eher hauptamtlich im Vorstand der »Gesellschaft für Unternehmensgeschichte« und Anführer ihre wissenschaftlichen Beirats. Diese wichtige Gesellschaft wurde am 10. Juni 1976 von dem großen alten Arisierung- und Deutschbankier Hermann Josef Abs ins Leben gerufen als Kampforganisation gegen politisch falsche Geschichtsdeutungen. Sie sollte der »Gegenpol« sein zur »marxistisch orientierten Betriebsgeschichte der DDR« und »zu ideologisch befrachteten Historikern in West-Deutschland«. Damit wurde – das verriet zu ihrem 20jährigen Jubiläum einer ihrer umtriebigen Funktionäre, der damalige FAZ-Mitherausgeber Jürgen Jeske – »die Unternehmensgeschichte gewissermaßen privatisiert«.

Werner Plumpe hat seine Erkenntnisse 2010 in einer zu wenig beachteten Festschrift (»Deutschland als Modell«) für den BASF-Federhalter (siehe jW-Thema vom 18.9.2007) Werner Abelshauer publiziert, die im sozialdemokratischen Bonner Dietz-Verlag erschien. Am Beispiel von »Carl Duisberg und der Erste Weltkrieg« weist er die Unschuld der deutschen Wirtschaft an ebendenselben in völliger wissenschaftlicher Unabhängigkeit nach.

Für »ausschlaggebend« hält er eine »Tatsache« – und die kennt Plumpe schon allein durch sein Amt als Unternehmensforschervorsitzender: »Die deutschen Industriellen« seien an den »Entscheidungsprozessen, die zum Krieg führten, nicht beteiligt« gewesen. Erst nach »Ausbruch« des Krieges sei derselbe von der Großindustrie »massiv unterstützt« worden. Erst dann, wir dürfen annehmen aus Patriotismus, hätten sich »nicht wenige« in der Kriegswirtschaft »engagiert«, und

hätten dann schließlich – Vaterlandsliebe! – »weitgehende Kriegsziele lanciert«.

Maßsetzendes Beispiel: der Bayer-Chef und spätere IG-Farben-Aufsichtsratsvorsitzende Carl Duisberg. »Duisberg hat sich vor Ausbruch des Krieges und auch in ersten Kriegswochen selbst heftig dagegen gewehrt, in Leverkusen Rüstungsgüter, insbesondere Sprengstoffe, herstellen zu lassen«, schreibt Plumpe, verzichtet aber – und das ist schade – dafür aus dem ihm zur Verfügung stehenden Bayer-Archiv auch nur eine einzige Quelle zu nennen.

»Für seine ganze Persönlichkeit« sei der »Kriegsausbruch« ein »unerhörter Tiefschlag« gewesen, diagnostiziert Plumpe. Aber, da geschah das Wunder: »Jetzt konnte er zurück zu alter Größe.« Er erkannte seine Verantwortung für Deutschland. Plumpe: »Er sah sich als verantwortlicher Organisator der Kriegswirtschaft; er trug zur Sprengstoffversorgung bei und trieb auch deshalb die Gründung der I.G. Farbenindustrie A.G. voran, kurz: Er wollte siegen und er kritisierte jeden, der »den Krieg – an verantwortlicher Stelle stehend – nur halbherzig betrieb.« Und er hatte »Vorbildmensen«, denen »er zu genügen trachtete«. Nämlich »Hindenburg und Ludendorff, deren Aura für Duisberg durch Major, später Oberst Max Bauer verkörpert wurde, den er« – hier bewährt sich Plumpe's Formulierungskunst – »bei den Gasversuchen kennen und schätzen gelernt hatte«.

Menschenfreund Duisberg korrespondierte – da zitiert Plumpe den für den Munitionsnachschub zuständigen Major und Geschäftsfreund – über Phosgen, das neueste Giftgas aus seiner Bayer-Produktion, durch das der qualvolle Tod bei vollem Bewußtsein wie durch langsames Ertrinken im eigenen Blutserum eintritt. Man müsse, empfahl Duisberg der Obersten Heersleitung, »stundenlang den Gegner mit diesem giftigsten aller gasförmigen Produkte behandeln«. Das war notwendig. Die gemeinsame Munitions- und Giftgasproduktion von Chemiefirmen führte auf Duisbergs Initiative 1916 zur ersten kleinen Interessengemeinschaft Farben, der 1925 die große IG folgte, an deren Spitze sich Duisberg zusammen mit Bosch von der BASF setzte.

Geheimrat mit Armbinde

Eines ist wahr: Plumpe übertreibt nicht, und so macht er aus den »schweren Depressionen«, die Duisberg durch den »Kriegsausbruch« sich zugezogen haben wollte (»Meine Lebenserinnerungen«, 1933, S. 98), taktvoll eine »leichte Depression« (Plumpe, S. 182), in die bald schon »helles Licht« durch die Umstellung der Fabrik »von Friedensarbeit auf Kriegslieferungen« brach.

Duisberg habe mit dem, was Plumpe die »Ablehnung des Krieges« nennt, keineswegs allein gestanden. Kronzeuge dafür ist ausgerechnet Hugo Stinnes. Der hatte doch im September 1911 seinen alldeutschen Freund Heinrich Claß vor einer »allzusehr« auf militärische Macht setzende Außenpolitik gewarnt: »Lassen Sie noch drei – vier Jahre ruhiger Entwicklung und Deutschland ist der unbestrittene wirtschaftliche Herr in Europa.« Das ist richtig und gilt auch für Adolf Hitler, der sich bis zum September 1939 gern erst einmal alles nahm, was sich ohne Krieg nehmen ließ.

Friedensfreund Stinnes legte zweieinhalb Monate, nachdem der Weltkrieg ausgebrochen wurde, im Namen des »gebieterischen Volksempfindens« die »Ernte« fest, die »der blutigen Saat« würdig wäre, denn: »Die Ernte zu bestimmen sind wir nach diesem Koalitionskrieg ganz anders in der Lage, als nach unseren früheren Kriegen, weil nicht mehr ein ungeschwächter Feind ungeschwächt in Reserve steht, und Rücksicht heischend unserem Willen Schranken setzt. Das eigene Interesse kann vielmehr uneingeschränkt sich betätigen.« So äußert sich Stinnes zusammen mit seinem Vertrauensprofessor Hermann Schumacher in einer geheimen Kriegszielenktschrift an Reichskanzler Bethmann Hollweg, am 16. November 1914, als der Bewegungskrieg längst schon in den Stellungskrieg übergegangen war.

Schon im September hatte August Thyssen – der später mit Hugo Stinnes die RWE gründete und dessen Sohn Fritz später Hitler finanzierte – Klarheit geschaffen mit seiner Kriegszielenkschrift, die da anhob: »Was zunächst das westliche Kriegsgebiet anbelangt, so bin ich der Meinung, daß Belgien, die Departments du Nord und Pas de Calais mit den Häfen Dünkirchen und Boulogne, das Department Meurthe und Moselle mit dem französischen Festungsgürtel und der Maas als Grenze bis zur Höhe...« Undsofort, undsofort bis: »Rußland muß uns die Ostseeprovinzen, vielleicht Teile von Polen und Dombiet, mit Odessa, die Krim, sowie...« Das nimmt einfach kein Ende.

Pünktlich zur Revolution 1918 brach die deutsche Unternehmerschaft in Gestalt des kommenden Führers (1925–1931) des Reichsverbands der Industrie mit ihrer bisherigen Vergangenheit. Geheimrat Dr. Carl Duisberg legte sich die gestempelte weiße Armbinde des Sicherheitsdienstes des Arbeiter- und Soldatenrates Köln an und übernahm so zwei Jahre lang den Vorsitz der Betriebsratsversammlungen in Leverkusen. Gut, daß das von Wilhelm geforderte Blutbad unter den deutschen Sozialdemokraten nicht zustandekam – da wäre der Geheimrat im eigenen Blut ertrunken.

Von Bordeaux bis Odessa

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil II (1919–1933): Interessengemeinschaft für ein neues Reich

Von Otto Köhler



Der Rat der Kriegsgötter: Sitzung des Verwaltungsrats der I.G. Farbenindustrie (vorn links Carl Bosch, vorn rechts Carl Duisberg; Gemälde von Hermann Gröber, undatiert)
Foto: dpa

»Meine Herren«, Geheimrat Carl Duisberg hatte die revolutionäre Binde des Arbeiter- und Soldatenrates längst abgelegt und klagte, ja schrie an diesem 7. Dezember 1922 auf der mächtigen Protestkundgebung im Reichstag zu Berlin: »Rheinland in Gefahr, Vaterland in Gefahr, Lebensgefahr! Mit diesen schwersten Worten muß ich unter Sie treten.« Deutschland war jetzt kleiner, weil es nach dem Willen seiner Militärs und seiner Industrie durch Krieg ganz groß werden wollen. Und nun besetzten die Westmächte die unversehrten Rheinlande, nachdem Deutschland weite Teile Frankreichs und Belgiens zerstört hatte.

»Nie hätte ich geglaubt«, klagte der »namens der rheinischen Bevölkerung« in die Reichshauptstadt gehastete Bayer-Chef, »nachdem der letzte Schuß an unserer Westgrenze lange gefallen ist, daß noch einmal unser herrlicher geliebter Rheinstrom verteidigt werden muß.«

Der letzte Schuß. Er fiel 1918. Er wäre 1915 gefallen, wenn die Chemie vom Rhein den Krieg nicht gerettet hätte. Deutschland hätte mit dem Totschießen Schluß machen müssen, weil ihm ganz einfach die Munition ausgegangen wäre. Chiles Salpeter, unerlässlich als Dünger wie für jede Sprengstoffherstellung, kam nicht mehr durch bis Deutschland. Doch bevor noch die allerletzten Vorräte aufgebraucht waren, rettete die BASF das Morden auf den Schlachtfeldern. Ihr großer Forscher Carl Bosch hatte soeben die Menschheit vor dem irgendwann durch Salpetermangel drohenden Hungertod gerettet, indem er den Stickstoff der Luft synthetisch zu Düngemittel band. Doch jetzt stieg der Humanist Bosch zum Patrioten auf, er funktionierte seine Stickstoffsynthese zur Munitionsgewinnung um. Der deutsche Krieg war gerettet, und der BASF war das angenehm: Mit Staatsmitteln in phantastischer Höhe errichtete sie auf enteignetem Bauernland mit Hilfe von fremdländischen Zwangsarbeitern den Riesenindustriekomplex von Leuna. Es konnte weiter geschossen werden, bis die Generale doch kapitulieren mußten. Fast zehn Millionen Tote und zwanzig Millionen Verwundete hatte der Weltkrieg gekostet, den die BASF vor einem allzu schnellen Ende bewahrt hatte.

Sabotage–Mord–Verseuchung

1915, als die Munition auszugehen drohte, war noch ein Verständigungsfriede möglich, Deutschland wäre unversehrt geblieben. Jetzt aber wurde Deutschland ein bißchen amputiert. Und Bosch-Kollege Duisberg, der auch wegen des gemeinsamen Giftgasgeschäftes Bayer, BASF und andere Gewinner des Krieges zur Interessengemeinschaft Farben zusammengeführt hatte, jammerte, da auch noch ein Teil Oberschlesiens (»Schlesien ist deutsch!«) verloren war, im Reichstag: »Nie können, werden und sollen wir vergessen, daß über den eigenen Mann für Mann ausgesprochenen Willen zu Deutschland fremde, Deutschlands nicht kundige Völker uns diesen wichtigsten Landesteil entrissen.« Durchhalten! So mahnte er: »Allen Gewalten zum Trotz« – Trutz, sagte Goethe - »sich erhalten, nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen, rufet die Arme der Götter herbei!«

Arme? Armee? Keine Sorge: Deutschlands Macht und Größe und Übergröße war unvergessen. An der bastelten schon wieder die Holzköpfe, die gerade erst ihren Krieg verloren hatten. Den Angriffskrieg haben die deutschen Militärs, die 1916 mit ihrer Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff die Macht im Land übernommen hatten, gleich nach ihrer Niederlage 1918/19 erneut vorbereitet. Nach der von Ebert und Noske an diese alte Militärkaste verratenen Revolution, in der scheiternden Republik, haben sie gerechnet und geplant, wie Deutschland doch noch die Herrschaft über Europa erringen könne.

Seit zwölf Jahren gibt es ein Buch, das der ehemalige Panzer- und Planungsoffizier Carl Dirks zusammen mit dem Zeit-Historiker Karl-Heinz Janßen veröffentlichte – es wird immer noch zu wenig beachtet: »Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht«. Anhand von Archivdokumenten, die vorher noch kein Historiker entdeckt oder jedenfalls nicht publik gemacht hat, beweisen die Autoren, daß der Marsch in den Zweiten Weltkrieg nicht mit der Machtübergabe 1933 begann, sondern spätestens 1923, als die Reichswehr klandestin einen Nachrüstungsplan aufstellte, der pünktlich im Jahr 1939 realisiert war. Es war der »Große Plan« des General Hans von Seeckt, der 1919 an die Spitze jenes deutschen Generalstabs trat, der jetzt – da durch den Versailler Vertrag verboten – den Tarnnamen »Truppenamt« führte.

Der kommende Führer war noch eine kleine Nummer, als die Generäle des Weimarer Staates ihren großen Kriegs- und Angriffsplan entwarfen. Dirks und Janßen: »Während jenes einzigartige Planwerk – ein Musterbeispiel für die Präzisionsarbeit des deutschen Generalstabs – gedruckt wurde, saß der Weltkriegsgefremte Adolf Hitler wegen Hochverrats in der bayerischen Festung Landsberg und diktierte Mein Kampf.«

Fanatische Kämpfer wollten die Offiziere des, nun ja damals schon demokratischen Staates selber sein: »Müde Skeptiker und armselige Pazifisten erklären die Aufnahme des Krieges mit den Waffen in der Zukunft für aussichtslos oder verbrecherisch«, begann im Februar 1924 der Leiter der Heeresabteilung, Oberst Joachim von Stülpnagel, einen Vortrag vor seinen Leuten und hielt dagegen die Überzeugung aller Offiziere, »daß nur der Ruf zu den Waffen uns die Befreiung bringen kann und daß der Tag kommen wird, an dem das deutsche Volk seine Sklavenketten rasselnd zu Boden werfen und das Versailler Diktat zerrissen wird«. Bei diesem Volkskrieg sei alles erlaubt: »Ein auf das Äußerste zu steigender nationaler Haß darf vor keinem Mittel der Sabotage, des Mordes und der Verseuchung zurückschrecken.« Der Mann wurde, als sein Vetter am 20. Juli 1944 mitputschte, verhaftet, aber ganz schnell als unschuldig wieder freigelassen.

Als Hitler 1933 die Macht übergeben wurde, hatte die Reichswehr längst alles vorbereitet. Dirks/Janßen: »Ohne die minutiöse Vorarbeit der Abteilungen des geheimen Generalstabs der Reichswehr und anderer Heeresämter hätte das ›Dritte Reich‹ niemals binnen sechs Jahren die stärkste und modernste Land- und Luftmacht des Kontinents auf die Beine stellen können, die dann

fast ganz Europa von Dünkirchen bis Stalingrad, von Narvik bis Kreta im Sturm überrannte.« Das war damals nicht verschwiegen worden. Einen Monat vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, während die deutschen Friedenstruppen bereits Belgrad erobert hatten, erklärte der Major Wurmsiedler im Deutschlandsender: »Als Hitler 1933 an die Macht kam, fand er dank der Reichswehr alle technischen Voraussetzungen für die Wiederaufrüstung vor.«

Ringverein Melone



Architekt der geheimen
Wiederbewaffnung Deutschlands:
Generaloberst Hans von Seeckt (Mitte
vorn) bei einem Reichswehrmanöver
in Thüringen (1925)
Foto: dpa

Hitler habe selbst, sagen die Autoren, zur Legende seiner Alleinschuld beigetragen, indem er nicht anerkennen mochte, daß nicht er der Schöpfer der Wehrmacht war, sondern die Generäle Blomberg, Fritsch und Raeder.

Das alles hatte von Anfang an bewußt verschwörerischen Charakter, obwohl gegenüber dem Weimarer Staat Vorsicht nicht unbedingt nötig war. Wie ein normaler Ringverein erörterten die hohen Militärs unter den Decknamen »Jena«, »Warthe« und »Melone« vom Mai bis September 1925 die Spitzengliederung der künftigen Wehrmacht, einschließlich eines Amtes für Propaganda, das später ja auch in Form eines Ministeriums unter Joseph Goebbels (»Wollt ihr den totalen Krieg?«) entstand. Noch später, auf dem Höhepunkt des Widerstandes gegen die westdeutsche Remilitarisierung, scheiterte Adenauer mit seinem Plan eines offiziellen Ministeriums für Information und Propaganda – die inoffizielle »Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise« übernahm dann für Adenauer diese Arbeit unter dem kundigen Kämpfer gegen den jüdisch-bolschewistischen Imperialismus Hans-Edgar Jahn (der NS-Führungsoffizier a. und i.D. gehörte wie Hans Globke zum engeren Beraterkreis des ersten Bundeskanzlers).

Aber wir sind ja noch im Staat von Weimar. Das Ziel der Reichswehr war der Revanche-, der Angriffskrieg. Der Chef der Heeresleitung, Generaloberst Seeckt 1925: »Wir müssen Macht bekommen, und sobald wir diese Macht haben, holen wir uns selbstverständlich alles wieder.«

Hitlers kommendes Großdeutschland hatte, bevor der sich entschloß, Politiker zu werden, schon Anhänger mit Zukunft gewonnen. Zwei Tage nach dem von Gustav Noske gebilligten Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – eine »standrechtliche Erschießung«, die notwendig war, da Deutschland nur so »vor dem Kommunismus gerettet« werden konnte (amtliches Bulletin der Bundesregierung vom 8. Februar 1962) –, zwei Tage also nach dem unerläßlichen Mord durch den Generalstabsoffizier Waldemar Pabst, forderte der künftige Bonner Bundespräsident Theodor Heuss am 17. Januar 1919 in seiner Rede »Deutschlands Zukunft« die Vereinigung mit Österreich; sein Freund, der einflußreiche Wirtschaftspublizist Gustav Stolper, eröffnete sechs Tage später die Schriftenreihe »Großdeutschland« mit der Forderung nach dem »Anschluß Deutschösterreichs an das Reich«. Gelenkt wurden die beiden von dem bedeutenden nationalliberalen Sozialdarwinisten

Friedrich Naumann. Der ist heute – Friedrich-Naumann-Stiftung – als »Leiche im Keller der FDP« (Götz Aly) höchst lebendig; Hitler habe »große Passagen seines außenpolitischen Programms« bei Naumann abgeschrieben, urteilte der Neoliberale Friedrich August von Hayek.

Des Krieges lichte Höhe

Und wo man nicht offen vom Anschluß Österreichs reden mochte, sprach man von Mittel- oder bald von Südosteuropa, was den Vorteil hatte, daß damit die Optionen erweitert waren.

Im Geleitwort zur Oberschlesischen Woche 1924, mahnte Geheimrat Duisberg sein deutsches Volk, »erheblich sparsamer als bisher« zu leben, dann nämlich, so erinnerte er an die goldene Zeit des Krieges, »werden wir uns aus dem dunklen Abgrund, in dem wir uns zur Zeit befinden«, endlich wieder zur »lichten Höhe emporheben können, auf der wir 1914 gestanden«. Wir. Deutschland. Und von da war es nicht mehr weit nach Europa.

»Wirtschaft in Not« hieß im März 1931 die Tagung des national hochengagierten Bayerischen Industriellenverbandes, auf der der Präsident des Reichsverbandes der Industrie – es war noch Carl Duisberg, Waffenschmied Gustav Krupp folgte ihm im selben Jahr – die Europa-Idee zugunsten seines Vaterlandes reklamiert: »Die Völker Mitteleuropas werden bald zu wählen haben, ob sie in vertrauensvoller wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine neue Zukunft aufbauen wollen oder ob sie in ihrer Zerrissenheit eine willkommene Angriffsfläche, wirtschaftlich und politisch, fremden Rassen und fremden Mächten bieten wollen.«

Von »der Südostecke aus« könne das europäische Problem »aufgerollt« werden, sagte Duisberg und erläuterte: »Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zu seiner Behauptung in der Welt bedarf.« Das war – auch – ein unmißverständlicher Machtanspruch gegen die noch junge Sowjetunion; schon einmal, von März bis Dezember 1918, war Odessa von den Truppen der deutsch-österreichischen Mittelmächte besetzt.

Im Jahr darauf reichte dem alten Geheimrat nicht einmal solch ein Wirtschaftsblock – aus Leverkusen schrieb Duisberg im Juli 1932 dem Deutschen Kolonialverein seinen zeitnahen »Merkspruch für den Kolonialkalender ›Mehr Raum 1933‹«: »Deutschland sind durch den Versailler Vertrag die wertvollen Kolonien unter erlogenen Vorwände weggenommen worden. Bei der dringend notwendigen Revision des Vertrages muß uns dieser Kolonialbesitz wieder zufallen. Das erfordert die Gerechtigkeit und der Zwang der Zeit.«

Jetzt schnell voran ins Jahr 1947. Der Zwang der Zeit hat den Wehrwirtschaftsführer Heinrich Bütefisch, Vorstandsmitglied der IG-Farben, dem Nürnberger Gerichtshof gegen Kriegsverbrecher vorgeführt. Bütefisch stammt aus dem BASF-Zweig der IG, war zuständig für den Aufbau der Benzin-Synthese im KZ-Komplex Auschwitz. Nun soll er eine Frage über den Zweiten Weltkrieg beantworten, die sein Stammhaus so ähnlich schon im Ersten betraf: »Glauben Sie, daß die Wehrmacht den Krieg hätte führen können ohne synthetisches Benzin?« Bütefisch, bei Heinrich Himmler im »Freundeskreis Reichsführer-SS« war er auch und bekam später von Bundespräsident Heinrich Lübke ein Bundesverdienstkreuz zugesteckt, das er aber damals, 1964, schnell zurückgeben mußte; Bütefisch, nebenbei im Aufsichtsrat der Deutschen Bank war er auch, antwortet: »Nein, sie hätte ihn nicht führen können ohne Stickstoff, ohne Benzin, ohne Buna. Das halte ich für ausgeschlossen.«

Frage: »Verstehe ich Ihre Antwort so, ohne IG-Produkte hätte der Krieg nicht geführt werden können? Bütefisch: Ja, das ist klar ...«

Das war Adolf Hitler schon seit dem 25. Juni 1932 klar. An diesem Tag – ein gerade erschienenenes, ansonsten recht informatives Buch (Diarmuid Jeffreys: Weltkonzern und Kriegskartell. Das zerstörerische Werk der IG Farben, München 2011) verlegt ihn ohne den Versuch einer Begründung in den zur Entlastung der I.G. nützlichen »September 1932« (S. 251) – empfing der Führer, der nun schon bald Reichskanzler werden sollte, zwei Abgesandte der Interessengemeinschaft Farben. Die war in höchster Not. Sie hatte sich übel verkalkuliert. Sie wollte Gewinn erzielen durch die Großproduktion von synthetischem Benzin aus Kohle, da doch damals schon absehbar war, daß die Ölquellen bald versiegen. Das war nix, es wurden immer neue entdeckt. Der Weltmarktpreis für Benzin aus Öl sank katastrophal weit unter den Gestehungspreis (der war viermal so hoch) des synthetischen IG-Benzins. Da halfen nur Subventionen oder Schutzzölle – und das war bei aller Liebe (die I.G. stellte öfter Minister) von den notleidenden Weimarer Regierungen nicht zu erwarten. Der Konzern geriet in eine Krise, und es gab Krach in der Interessengemeinschaft. Aufsichtsratsvorsitzender Carl Duisberg plädierte für die sofortige Einstellung der Benzinproduktion; Vorstandsvorsitzender Carl Bosch und sein engster Mitarbeiter Carl Krauch – der hatte 1916 schon Leuna hochgezogen – wollten unbedingt weitermachen.

Im Juli 1932 mußte die in dieser Frage zerstrittene I.G.-Spitze entscheiden, ob man die Benzinproduktion aus Kohle mit hohen Verlusten einstellt oder mit erwartbar ruinösen Kosten weiterführt. Da war guter Rat teuer, und Bosch schickte seinen Vertrauten Heinrich Gattineau zusammen mit dem Direktor des Hydrierwerkes in Leuna, Heinrich Bütetisch, zu Hitler nach München.

Volk ruft Führer

Der Führer kam wegen des Wahlkampfes verspätet und so übermüdet in seine Privatwohnung, wo die I.G.-Emissäre schon warteten, daß er bat, stehenbleiben zu dürfen, um nicht vor Erschöpfung einzuschlafen, aber das Thema der Aussprache sei ihm zu wichtig, denn: »Die Wirtschaft in einem Deutschland, das politisch unabhängig bleiben will, ist heute ohne Öl nicht denkbar. Der deutsche Treibstoff muß daher selbst unter Opfern verwirklicht werden. Es besteht daher für die Kohlenhydrierung eine zwingende Notwendigkeit, weiter zu arbeiten.«

Später – in der 1941 geplanten, des Krieges wegen aber nicht gedruckten Festschrift »Leuna – 25 Jahre im Kampf um Deutschlands Freiheit« – rühmte sich Heinrich Bütetisch des Treffens mit dem Führer und pries die gute Nase derer, die ihn zu ihm geschickt hatten: Die »Männer, die zwischen 1936 und 1932 das Leuna-Benzin schufen, handelten so, als wenn jemand hinter ihnen stünde, der sie zu höchster Eile antrieb. Das war in Wirklichkeit nicht der Fall. Alle Stellen, die ihnen etwas zu sagen gehabt hätten, wirkten eher als Bremse. Weder der Aufsichtsrat, der alles genehmigte, noch die Systemregierung, welche jedes Kilo hergestellten Benzins mit einer besonderen Mineralölausgleichsabgabe belastete, hätten etwas gegen ein ruhigeres Tempo einzuwenden gehabt. Geheimrat Bosch und Direktor Krauch schienen wie von einer inneren Unruhe besessen zu sein. Sie setzten alle Termine so kurz, daß Leute, die nur den kaufmännischen Gesichtspunkt kannten, den Kopf schüttelten.«

Bütetisch aber wußte es besser: »Wir wissen heute, daß die Eile historisch notwendig war. Die Geschichtsschreiber ruhigerer Zeiten werden sich einmal ausmalen, wie die Weltgeschichte abgerollt wäre, wenn die noch unfertige Benzinanlage in Leuna, von der Weltwirtschaftskrise überrascht und als Projekt fallengelassen worden wäre. Die Männer, die damals zur Eile drängten, konnten jedoch selber nicht ahnen, daß sie dadurch in nicht allzu ferner Zukunft einmal dem Erneuerer des deutschen Volkes, dem Führer Adolf Hitler, einige seiner wichtigsten Entschlüsse erleichterten.« Die »beruhigende Gewißheit, in der Treibstoffversorgung für die Luftwaffe und die

wichtigsten Teile der übrigen Wehrmacht in Deutschland von fremder Zufuhr unabhängig zu sein, wäre ohne diese Eile in Frage gestellt gewesen.«

Ja, Reichswehr wie IG Farben arbeiteten Hitler zu, damit er Deutschland schnell in den Krieg führen konnte. »Die technische Durchführung muß ich Ihnen überlassen. Dafür sind Sie da«, hatte der Führer am 25. Juni 1932 bescheiden zu den IG-Vertretern gesagt und hinzugefügt: »Unser Weg aber deckt sich – und hoffentlich führt dieser Weg bald zu einer gewaltigen Stärkung unseres Deutschland!« Bütefisch: »Dieses Ergebnis der Unterredung mit dem Führer bedeutete für Leuna damals eine große Stütze. Jetzt konnte die Hydrierung bedenkenlos durchgehalten werden. (...) Die führenden Leute der IG-Farben-Industrie faßten nunmehr den entscheidenden Entschluß, den Betrieb in Leuna auch unter Opfern aufrechtzuerhalten.«

Tatsächlich beschloß die IG-Führung gleich im Juli, nach der Aussprache mit Hitler, die für Deutschlands Zukunft so wichtige Treibstoffproduktion aus Kohle fortzusetzen – koste es, was es wolle. Zuvor hatte Bosch, zufrieden mit der Reise zum Führer, seinen Abgesandten gesagt: »Der Mann ist vernünftiger als ich dachte.«

Kollege Duisberg aber hatte erst einmal auf den Feldmarschall gesetzt, ja den und nicht den Gefreiten meinte er, als er ein Jahr vor dem Benzinpakt mit Hitler bei der Hundertjahrfeier der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf sich selbst zur Stimme des Volkes machte: »Fortwährend ruft das deutsche Volk nach einem Führer, der es aus seiner unerträglichen Lage befreit. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, und der gesonnen ist, den Geist der Frontgeneration in friedlicher Befreiungsarbeit einzusetzen und zu verwirklichen, so muß diesem Mann auch unbedingt Folge geleistet werden.«

Das war dem Führer auf den Leib geschrieben, doch Duisberg meinte Hindenburg. Aber der Führer wurde dann dank des Gemeinten Hilfe der leibhaftige Hemmungslose für Deutschlands Zukunft.

Der Diktator ihres Vertrauens

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil III (1933–1945): Hitler wäre doch nicht nötig gewesen

Von Otto Köhler



–
»Und nun, meine Herren, an
die Kasse« –
Reichsbankpräsident
Hjalmar Schacht mit Hitler
bei der Grundsteinlegung für
das neue
Reichsbankgebäude in
Berlin, 5.5.1934
Foto: AP

Sie ließen sich nichts anmerken. Innerlich aber mokierten sich die Generäle über den etwas linkischen Herrn aus der Zivilistenrepublik. Vor vier Tagen, am 30. Januar 1933, hatte man ihn zum Reichskanzler ernannt, und jetzt schon machte er den obersten Militärs im Bendlerblock, in den Privatgemächern des Chefs der Heeresleitung, Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, seine artigen Honneurs, verbeugte sich etwas zu tief, zu eifrig.

Aber dann, als der von Hjalmar Schacht & Freunden gemachte Reichskanzler nach dem Wort griff, kannten sie nur noch eine Hoffnung, daß dieser Adolf Hitler ernst meinte, was er sagte, es war überzeugend. Denn sein Programm, das war ihr Programm der Revanche für den verlorenen Krieg, das sie verfochten seit Friedrich Ebert (SPD) ihnen die militärische Macht im republikanischen Staat beließ. Dieser neue Reichskanzler, das erkannten die nun gebannt lauschenden Generale – er könnte der Diktator ihres Vertrauens werden.

Hitler weihte von Anfang an die Generalität in seine Angriffspläne ein – er wußte nur nicht, daß es längst auch die ihren waren. Hinter einem Vorhang schrieben die Adjutanten Hammersteins und des Admirals Erich Raeder alles mit – sie wußten nur nicht, daß Hammersteins Tochter, zu ihres Vaters Kummer Kommunistin, sofort Abschriften nach Moskau weiterleitete, leider nutzlos.

Krebsschaden Demokratie

Hitler versprach nicht nur, was eines jedes deutschen Generals Herzmuskel entzückt: keine Duldung des Pazifismus, Todesstrafe für Landesverräter (Carl von Ossietzky war seit der Weihnachtsamnestie 1932 auf freiem Fuß!), Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel, Beseitigung des

»Krebsschadens der Demokratie«. Hitler schrieb unaufgefordert schon damals seine SA ab, deren Führer er knapp eineinhalb Jahre später persönlich abschlachtete: »Der Nationalsozialismus wird andere Wege gehen als der Faschismus. In Italien war die Schaffung einer Miliz notwendig, da die bolschewistische Gefahr unmittelbar vor der Tür stand: Meine Organisation will einzig und allein die ideelle Erziehung der Massen und damit dem Heer innen- und außenpolitisch die Voraussetzungen schaffen, die es braucht.«

Denn erzogen werden mußte dieses deutsche Volk in seinen unteren Teilen und zwar kräftig; Hitler zu den versammelten Generälen: »Als Offizier werden Sie dies besonders gut verstehen, da Sie den Soldaten verhältnismäßig primitiv in die Hand bekommen. Den Menschen sind alle Kulturgüter künstlich aufgezwungen, um den Absatz für diese Kulturgüter zu schaffen. Die bolschewistische Idee des Primitiven kann zu verheerenden Folgen führen, wie wir es früher bei dem Christentum gesehen haben, das das Ideal der Armut predigte.«

Zwei Möglichkeiten bot Hitler den Generälen zur »Lösung unserer Notlage«: Einmal, »sich gewaltsam Absatzgebiete für unsere Produktion (zu) schaffen«; und vor allem »neuen Lebensraum für die überzähligen Menschen«, betonte der neue Reichskanzler. Aber: »Ein pazifistisches Volk verträgt diese Zielsetzung nicht. Deshalb muß es erst dazu erzogen werden.« Demokratie? Nein! Sie ist »das Verhängnisvollste, was es gibt«. Denn: »Es kann und darf nur einer befehlen, für diese Idee arbeite ich seit 1918.«

Damals war Hitler noch einfacher Reichswehrspitzel zur Überwachung der politischen Parteien. Jetzt schlug er dem deutschen Heer ein Bündnis zwischen militärischer Macht und NSDAP vor. Denn: »Es kann und darf nur einer befehlen. Meine Organisation ist nötig, um den Staatskörper wieder in Ordnung zu bringen.«

»Die Demokratie ist eine Utopie, sie ist unmöglich«, hatte Hitler den Generälen eröffnet, obwohl die von den Gegenwartsproblemen Europas damals noch nichts wissen konnten. Sein Ziel sei die »Wiederherstellung der deutschen Macht«. Und dazu war er hier im Bendlerblock an der richtigen Adresse.

Dringlich, aber das wäre doch nicht nötig gewesen, bat Hitler die Generäle um ihre Hilfe: »Ich setze mich dafür ein, die Macht zu bekommen, die Vorbedingung für mein Ziel ist. Ihnen kann ich nur für Ihre Arbeit die Voraussetzungen schaffen, die Konsequenzen müssen Sie selber ziehen.« Die waren längst gezogen. Seit 1923 spätestens hatten die Generäle den geheimen Plan einer Nachrüstung ausgearbeitet. Die sah – wie Dirks und Janßen (»Der Krieg der Generäle«, 1999) aus bis dahin unbeachtetem Archivmaterial herausfanden, ein Heer von 2,8 Millionen Mann unter dem Kommando von 252 Generälen vor. Das war dann genau die Mannschaftsstärke, mit der Hitler 1939 in seinen, wie er glaubte, Krieg zog. Dirks/Janßen: »Alles hatte die Generalität vorbereitet: Mobilmachung, Anforderung an die Rüstungsindustrie, Planspiele für den Ostfeldzug. Hitler war lediglich ihr williger Vollstrecker.«

Anfangs hatte er freilich noch Hemmungen. Generalstabschef Ludwig Beck, der Widerständler, nach dem heute Bundeswehrkasernen heißen, hatte Oktober 1933, als Hitler aus dem Völkerbund austrat, am liebsten »die Karte der Aufrüstung gleich mit auf den Tisch« gelegt. So tollkühn war der Führer da noch nicht. Das sollte – zunächst – so geheim bleiben wie in der Weimarer Republik.

Mit dem Verhängnisvollsten, was es gibt, der Demokratie, hatte Hitler so nun schon die Generäle vertraut gemacht und den erfreuten Militärs eröffnet: Demokratie finde »weder in der Wirtschaft noch in der Wehrmacht« Anwendung. Und für den Staat sei sie »erst recht nicht brauchbar«.

Das mußte Hitler noch der Wirtschaft, die so etwas freilich auch schon ahnte, mitteilen. Gute zwei Wochen später, am 20. Februar 1933, veranstaltete Hermann Göring im Palais des Reichstagspräsidenten ein großes Treffen mit den Spitzen der Industrie, bei dem Hitler versicherte, daß die Privatwirtschaft mit der Demokratie unvereinbar sei und versprach, er werde keine Ruhe geben, »bis der Marxismus erledigt ist«. Hitler erläuterte den Vertretern der Großindustrie, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, wenn »ein Teil des Volkes sich zum Privateigentum bekennt, während ein anderer Teil es ableugnet«. Solch ein Kampf zerreiße ein Volk, seine Kraft verzehre sich dann völlig und könne – darauf mußte Hitler insbesondere die anwesenden Herren der Wehrwirtschaft aufmerksam machen – »infolgedessen auch nicht nach außen wirken«. Es müßten darum »politisch klare Verhältnisse geschaffen werden«. Und er konnte allen Anwesenden eines fest versprechen: »Wir stehen jetzt vor der letzten Wahl. Sie mag ausfallen, wie sie will, einen Rückfall gibt es nicht mehr, auch wenn die kommende Wahl keine Entscheidung bringt. So oder so, wenn die Wahl nicht entscheidet, muß die Entscheidung eben auf anderem Wege fallen. (...) Innere Ruhe gibt es aber nicht eher, als bis der Marxismus erledigt ist.«

Die Herren hörten das mit großer Freude. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, zugleich als Nachfolger von Carl Duisberg Führer des Reichsverbandes der Industrie, erhob sich und stimmte zu; ja, es sei »höchste Zeit«, nun »endlich einmal in Deutschland Klarheit in den innenpolitischen Fragen zu schaffen«.

Der Führer ging und Reichstagspräsident Hermann Göring machte mit dem Kleingedruckten bekannt. »Keine Experimente«, erläuterte er und fügte hinzu: »Ohne Zweifel haben wir Nationalsozialisten die meiste Arbeit zu leisten, denn wir müssen mit unseren SA-Leuten in die dunkelsten Quartiere der Großstädte vordringen.« Eine Woche später brannte der Reichstag, der durch einen dunklen Gang von Görings Präsidialpalais bequem zu erreichen war.

Vorerst aber sitzen dort noch die Spitzen der deutschen Wirtschaft, denn jetzt kommt das Wichtigste. »Und nun, meine Herren, an die Kasse«, animierte der Steigbügelhalter Hjalmar Schacht, der mit dem »lang nicht lang genugen Kragen« – wie Brecht dichtete, als sie den in Nürnberg laufen ließen. Über zwei Millionen kamen bei dieser Vortragsveranstaltung des begnadeten Redners Adolf Hitler zusammen, obwohl der Zuhörerkreis sehr klein war.

Wie Kriege gerettet werden

Die höchste Gabe – 400000 Mark – kam von der I.G. Farben. Vielleicht etwas knickrig. Denn bevor noch das Jahr 1933 zu Ende ging, unterschrieb das Deutsche Reich den Benzinvertrag mit der I.G., der ihr die Gestehungskosten und einen angemessenen Gewinn sicherte. Denn Hitler wußte: Ohne das synthetische Benzin aus Leuna und bald schon vielen anderen I.G.-Standorten kann er keinen Krieg führen, wie schon der Kaiser mangels Munition und Sprengstoff die Waffen hätte niederlegen müssen. Allein die BASF rettete den Krieg durch Stickstoffgewinnung aus der Luft (siehe Teil II). Erfinder Carl Bosch von der BASF und der Giftgasproduzent und Expansionsideologe Carl Duisberg von Bayer hatten sich mit anderen 1916 zur kleinen und 1925 zur großen Interessengemeinschaft Farben vereinigt. Duisberg starb 1935, nachdem er, so sagte er es selbst, einen »herrlichen Lebensabend unter unserem Führer Adolf Hitler« erleben durfte. Und dieser Führer schickte der Witwe des Gasmordpioniers ein Telegramm: »Sein Name wird in Deutschland in Ehren weiterleben.«

Duisbergs Expansionserbe (»Von Bordeaux bis Odessa«) wurde auch von den beiden Benzinpaktunterhändlern angetreten: Heinrich Gattineau rollte vom Dienort Preßburg, wie damals Bratislava genannt wurde, den Südosten auf. Und Heinrich Bütetisch wollte schon vier Monate nach Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion die Superphosphatanlagen in Odessa einheimsen.

Noch sind wir im »Dritten Reich« mit seinem Führer Adolf Hitler. Herrscher aber im Innersten der Macht wurde Boschs engster Mitarbeiter Carl Krauch, der schon 1916 Leuna mit belgischen Zwangsarbeitern hochgezogen hatte. Er ist nunmehr als Vorstandsmitglied zuständig für Stickstoff (Erster Weltkrieg) und Hydrierung (der kommende Zweite). Zwei Monate bevor der am 25. Juni 1932 mit Hitler formlos vereinbarte Benzinpakt am 14. Dezember 1933 im zwischen dem Reich und der I.G. abgeschlossenen Benzinvertrag offizielle Form annahm, hatte Krauch Hermann Görings Luftfahrtministerium auf die Wichtigkeit der Benzinhydrierung für eine mächtige Luftwaffe aufmerksam gemacht und einen Vierjahresplan vorgeschlagen. Prompt baute Göring in seinem Ministerium die Behörde für den Vierjahresplan auf. Der Reichsmarschall, von der I.G. durch prächtige Geburtstagsgeschenke bei Laune gehalten, ernennt Krauch zum »Gebechem«. Als – wie das unabgekürzt heißt – Generalbevollmächtigter für Fragen der chemischen Erzeugung kann Krauch von Staats wegen alles anordnen, was der privaten Interessengemeinschaft Farben nützlich ist. Am Ende dieses profitablen Dritten Reiches wird Krauch I.G.-Aufsichtsratschef, weiterhin Chemiegeneralbevollmächtigter für das Göring-Ministerium und dazu noch für das Reichswirtschaftsministerium Präsident des Reichsamtes für den Wirtschaftsausbau sein.

Erste Armee der Welt



KZ-Häftlinge bei Straßenarbeiten auf dem IG-Farben-Gelände in Auschwitz, um 1943

Foto: Bundesarchiv, Koblenz

Daß dieses Reich sein Ende nahm, dazu kann Krauch nichts. Er hat es mit energischer Tat, aber auch mit reichlich praktischem Rat immer nur voran- und dabei Adolf Hitler in die Interessengemeinschaft eingebracht, noch mehr als der es seit Juni 1932 schon war. Mitte August 1936 – die Berliner Olympischen Spiele des Friedens waren zu Ende – lieferte Krauch, wie erbeten, alle notwendigen Unterlagen für Hitlers künftige Planung. Zwei Tage, nachdem der die Dauer der Wehrpflicht auf zwei Jahre verlängert hatte, schrieb Hitler am 26. August auf dem Obersalzberg genau nach Krauchs Vorlagen seine Geheime Denkschrift über den Vierjahresplan. Im Grundsatz ist sich Hitler mit der Wehrmachtsführung einig: »Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht (...) zur ersten Armee der Welt zu machen, wird Deutschland verloren sein.«

Hitler: »Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein.« Also 1940. Die Generäle hatten sich schon in der Weimarer Demokratie auf 1939 festgelegt. Und der Interessengemeinschaft war jeder Termin recht. Hauptsache ihre arteigenen Produkte wurden zu jedem Preis gebraucht. Denn genau die hatte sich Hitler von Krauch in seinen Vierjahresplan schreiben lassen, egal zu welchem Preis: Munition aus dem Stickstoff deutscher Luft und Benzin aus deutscher Kohle für die Stukas, die im September 1939 Warschau bombardierten.

Auch die Generäle konnten zufrieden sein. Polen überrannt, Paris genommen. Doch in Dünkirchen schien der Vertrauensdiktator zu versagen. Nicht nur, daß er die Briten einfach laufen ließ, obwohl er sie doch perfekt vernichten konnte – Heer und Luftwaffe standen hoffnungsvoll bereit. Schlimmer noch, und darum verbreitete sich Argwohn gegen die Verlässlichkeit Hitlers unter den

Generälen: Sie erlitten im Juni 1940 einen fürchterlichen Schock, als ihnen der Führer nach der Waffenruhe im Westen erklärte, die jetzt verbleibende Auseinandersetzung mit dem Osten sei »eine Aufgabe, die man vielleicht in zehn Jahren in Angriff nehmen kann«. Generalstabschef Franz Halder erschreckte seinen Kollegen Generalmajor Walter Warlimont mit dem Anruf: »Sehen Sie sich nach einem anderen Beruf um, es gibt bald kein Heer mehr.« Hitler hatte dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Walther von Brauchitsch, eröffnet, er wolle jetzt das Feldheer demobilisieren.

Halder sorgte vor. Ohne Wissen Hitlers verlegte er schon zwei, drei Wochen später Truppen in den Osten. Bereits im Juli 1940 waren 600000 Mann aufmarschiert oder bereitgestellt. »Was man hat, soll man für Angriff aufwenden«, erläuterte Halder dem Major Reinhard Gehlen von der Abteilung »Landesbefestigung«, später hocherfahrener Chef des BND, des Bundes verfolgter Nazis und Deportationsexperten. Am 3. Juli 1940, fast ein Jahr vor dem – wie uns heute gesagt wird – »Krieg der Diktatoren«, beauftragte Halder im Alleingang den Chef der Operationsabteilung, Oberst Hans von Greiffenberg, zu prüfen, wie »ein militärischer Schlag gegen Rußland« zu führen sei, um ihm »die Anerkennung der beherrschenden Rolle Deutschlands in Europa abzunötigen«.

Aber Hitler war nicht stur. Vom Sachverstand seiner Generäle ließ er sich endlich doch noch überzeugen, daß man nicht Jahre warten könne, um mit der Sowjetunion aufzuräumen, es war ja ohnedies in wenigen Wochen erledigt. Aber, das sollten wir dem nie vergessen: Der Jugoslawe störte plötzlich, weil er aus dem Antikominternpakt ausschied, und so dauerte es doch dann etwas länger mit Marsch auf Moskau.

Flüssige Grenzen

Ernst von Weizsäcker, der Vater jenes Bundespräsidenten, der sich schon früh vor Wut in den eigenen Arsch biß, weil er – Moskaus Türme schon in Sicht – 1941 als Hauptmann des durch und durch nazifeindlichen Potsdamer Infanterieregiments Graf Neun, dessen Offiziere schon mal, wenn der Tag lang wurde, in der Kantine mutig auf ein Hitler-Foto schossen, zurückmarschieren mußte. Vater Ernst also, der nur Staatssekretär im Reichsaußenministerium geblieben war, um so dem Dämon Hitler besser Widerstand zu leisten, ebenderselbe hatte gleich nach Dünkirchen in seinem Tagebuch ebenfalls klare Linie bewiesen: »Immer unter der Voraussetzung eines solchen überwältigenden Sieges im Westen liegt es ja nahe, auch im Osten, wo Raum ist und flüssige Grenzen, eine Ordnung herzustellen, die hält.«

Kurz, Ordnung zog im Osten ein. Gewisse Aspekte allerdings bei der Vernichtung der Juden – Weizsäcker sen. mißbilligte sie abzeichnend – brachten bei aller geleisteten ehrlichen Beihilfe die Wehrmacht gegen die Führung auf. Dringend für den Nachschub und die Versorgung der Truppe benötigter Transportraum fiel aus, weil die Juden in den Zügen der Reichsbahn zur Vernichtung in den Osten gefahren wurden. Angesichts der vielen Vorteile, die für die Volksgenossen entstanden, hätte man dieses Problem auch vor Ort erledigen können, und die Wehrmacht hätte dank des so gewonnenen Transportraums die deutsche Expansion weit besser vorantreiben können.

Denn alles hatten die Generäle, zunächst an Hitler vorbei, für den Kampf im Osten vorbereitet. Nur das eine war ihnen, da sie ja nicht damit rechnen konnten, entgangen: Daß die Truppen auch noch im Winter – Napoleon hatten sie in der Kadettenanstalt nicht durchgenommen – in der Sowjetunion würden kämpfen müssen. Ein Teil von ihnen sollte da schon längst auf dem Landweg unterwegs nach Indien sein. Tropenuniformen standen zur Verfügung, Winterkleidung dagegen nicht, und so fror der deutsche Soldat beim Waffengang im russischen Eis zum Gotterbarmen.

Expansion will gelernt sein, doch Gott mit uns. Das Oberkommando der Wehrmacht befahl am 21.

Dezember 1941 aus dem Führerhauptquartier: »Gefangene und Einwohner rücksichtslos von Winterkleidung entblößen!« Allerdings: die Generäle hatten da nicht mit dem Organisationsgenie des einfachen deutschen Soldaten und Offiziers gerechnet. Was von oben befohlen wurde, ist an der Front schon seit drei Monaten praktiziert worden. Zuallererst beim Weizsäcker-Regiment. Dort hatte man, als die angeforderte Winterbekleidung Ende August ausblieb, russischen Kriegsgefangenen 2000 Mäntel abgenommen und sie damit im kommenden Winter dem sicheren Erfrierungstod ausgesetzt.

Wissen konnte das keiner, ich auch nicht. Noch bevor diese mörderische Fledderei 1999 durch das Dirks/Janßen-Buch »Der Krieg der Generäle« bekannt wurde, ließ mir schon 1991 aus ähnlichem Anlaß dieser Bundespräsident auf meine Anfrage mitteilen, nein, er habe von »Untaten« seiner Truppe nie und niemals etwas mitbekommen.

Besser Bomben aufs eigene Kind

1944 war es endgültig vorbei mit diesem deutschen Expansionsgeschehen. Im Mai entschlossen sich die Westalliierten endlich, Leuna und andere Hydrierbetriebe zu bombardieren. Der Präsident des Planungsamtes Hans Kehrl, überzeugter Nazi noch weit nach 45, betete seit Jahren zu Gott im Himmel oder was immer er dort mutmaßte, daß die Bomber, die Tag für Tag einflogen, lieber Berlin heimsuchen sollten (dort hatte er Frau und Kind), aber nur nicht die Werke der I.G. in Leuna und sonstwo. Denn das wäre das Ende; 1942, vor Panzergenerälen in Berlin, hatte er es verkündet: »Das elementare Problem der Kriegführung ist: Sprengstoff an den Feind zu bringen. Für Sprengstoff braucht man in erster Linie Stickstoff, der von uns synthetisch erzeugt werden muß, und für die Mobilität braucht man Treibstoffe, Schmierstoffe und Reifen für die Kraftfahrzeuge und Flugzeuge. Für die Reifenerzeugung sind wir fast ausschließlich auf chemisch-synthetisch erzeugtes Buna angewiesen, nachdem die Vorräte an Naturkautschuk verbraucht sind. Und bei Treibstoffen in Form von Vergaserkraftstoff oder Flugbenzin sind wir zu etwa 75 Prozent auf unsere Eigenerzeugung in Hydrier- und Synthesenanlagen angewiesen.«

Diese Eigenerzeugung, diese Autarkie dank der I.G., bestimme letztlich den »Rahmen, in dem moderne Waffen von uns eingesetzt werden können.« Carl Krauch hatte Auschwitz als Standort für ein neues Buna-Werk der I.G. Farben festgelegt und bei Heinrich Himmler auch gleich KZ-Häftlinge – Vernichtung durch Arbeit – bestellt. »Unsere neue Freundschaft mit der SS wirkt sich sehr segensreich aus«, schrieb I.G.-Auschwitzchef Otto Ambros seinem Vorstandskollegen Fritz ter Mer (dem späteren Schwiegervater des CDU-Spendenbeschaffungspolitikers Walther Leisler Kiep). Dieser »feste Eckpfeiler für ein gesundes Deutschtum im Osten«, wie Ambros sein Werk in Auschwitz getauft hatte, war nun auch bald bedroht trotz des aufopfernden Kampfes des deutschen Soldaten gegen den ihn zurückdrängenden Bolschewismus. Wie sollten da deutsche Flugzeuge noch bombardieren, deutsche Panzer den Feind überrollen, wenn die I.G. keine Treibstoffe mehr liefert?

Nun war es vorbei mit der synthetischen Rüstungsherrlichkeit der I.G. Farben und damit des Deutschen Reiches. Hitler ließ am 23. Mai 1944 zunächst die Wehrmachtspitzen, und dann die Industriebefehlshaber auf seinen Berghof vor. Carl Krauch, der mit Bütetisch gekommen war, entrollte vor dem Führer eine Karte mit den 2200 Bombeneinschlägen auf das Leuna-Werksgebiet. Beobachter Kehrl: »Hitler hielt sich die Hand vor die Augen. Stille trat ein. Er hatte es sich offenbar so schlimm nicht vorgestellt.«

Es war – wie Kehrl danach bitter schrieb: »Der Anfang vom Ende.« Der Führer war von da an nicht mehr zu gebrauchen. Und wie einsam und verlassen er im nächsten Jahr sterben mußte, zeigte uns der bekannte Film »Der Untergang«. Nur Hitlers Sekretärin stieg – wie alle richtigen Volksgenossen – aufs Fahrrad und radelte froh der im Westen aufgehenden Sonne entgegen.

Eine Armee, die sich einen Staat hält

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil IV (1945–1999): Der Krieg gegen Belgrad wird zum Gründungsmythos der Berliner Republik

Von Otto Köhler



Berlin, 17. März 1941:
Generalfeldmarschall Walther von
Brauchitsch (l.) erarbeitet mit Oberst
Adolf Heusinger (2. v. l.) und
Generaloberst Franz Halder (r.) die
Aufmarschanweisung für den »Fall
Barbarossa«
Foto: jW-Archiv

Kurz und gut, schrieb Dr. Joseph Goebbels am 9. April 1945, 22 Tage bevor er seiner Frau, seinen sechs Kindern und sich selbst Zyankali gab, »Kurz und gut, wenn man sich die Landkarte betrachtet, so sieht man, daß das Reich heute einen schmalen Schlauch darstellt von Norwegen bis an den Comacchio-See« – die kläglichen Reste der deutschen Soldaten wurden Ende April von Partisanen über die Etsch gejagt. Der Volksaufklärungsminister: »Die wichtigsten Gebiete für unsere Ernährung und unser Rüstungspotential sind uns verlorengegangen.«

Kurz und sehr gut. Der Globus, mit dem der Große Diktator auf seinem Schreibtisch herumspielte, war geplatzt, hing jämmerlich herunter wie ein überfordertes Präservativ. Mit dem Großdeutschland, das die Alldeutschen seit dem vorletzten Jahrhundert wollten, schien es endlich vorbei.

Aber gemacht! Der Selbstmord des Propagandaministers war unnötig, denn schon knapp dreieinhalb Jahre später stellte sich heraus, daß er völlig richtig die europäische Schicksalsgemeinschaft gegen den Bolschewismus beschworen hatte. »Der kleine Lügendoktor hat mit seiner bösesten Prophezeiung recht behalten. Aber wer den Kopf ressentimental in den Sand steckt, den überrollen die Panzer.«

Das schrieb Rudolf Augstein im Oktober 1948 in seinem allerersten Kommentar unter dem Decknamen »Jens Daniel« im Spiegel. Er wußte: »Eine Armee kostet Geld – die Besatzungskosten müßten gestrichen werden. Eine Armee verschlingt Arbeitskräfte – dagegen gibt es kein Kraut. Eine Armee ist das Überflüssigste, was es gibt.« Aber er wußte im gleichen Atemzug: »Sie ist das Wichtigste, was es gibt, wenn die Sklavenhalter schwer bewaffnet die Zähne fletschen.« Die Sklavenhalter, das war jene Rote Armee, die Auschwitz befreit hatte. Doch der Exleutnant Augstein, aus dem Land der Sklavenhalter vertrieben, bestand auf seiner Freiheit zu schießen: »Wer die Freiheit will, muß sie mit allen Konsequenzen wollen. Vielleicht würden sogar Deutsche auf Deutsche schießen, wenn sie es über sich brächten und wenn die Ostdeutschen nicht überlaufen

könnten. Das ist die bitterste Aussicht.«

Aber es mußte sein. Und darum machte er sich sofort auf zu einer Rundreise durch die Westzonen, zu den noch gar nicht so alten Generälen, die mit den Füßen scharren. In der abendlichen Novemberdunkelheit – wir sind immer noch im Jahr 1948 – kam Augstein mit dem Wagen unangemeldet an in der Rhöndorfer Villa des »rheinischen Gartenfreund[es] Konrad Adenauer«, wie ihn gerade eine sehr vorteilhafte Spiegel-Titelgeschichte genannt hatte. Kostprobe: »Und an einem Bonbon lutschend geht er abends bei guter Radiomusik auf und ab, bis das Schlafmittel zu wirken beginnt.«

Adenauer war noch nicht Bundeskanzler, sondern Präsident des Parlamentarischen Rates – eine Bundesrepublik gab es noch nicht und somit auch keine DDR. Augstein hatte das Glück, Adenauer anzutreffen, denn der war gerade aus Caux von einer Veranstaltung des einflußreichen angloamerikanischen Thinktanks Moralische Aufrüstung gekommen – dessen Begründer Frank Buchanan hatte 1936 den zur Zeit nur noch eingeschränkt gültigen Glaubenssatz verkündet: »Ich danke dem Himmel für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Frontlinie der Verteidigung gegen den Antichrist des Kommunismus gebaut hat.«

Augstein berichtete, die von ihm aufgesuchten Generäle seien übereinstimmend der Meinung, dreißig Divisionen müßten es schon sein. »Das ist auch meine Schätzung«, antwortete Adenauer völlig unaufgeregt.

Hätte dies damals im Spiegel gestanden, drei Jahre nachdem die Wehrmacht endlich geschlagen war, Adenauers Partei wäre bei der ersten Bundestagswahl vernichtend geschlagen worden. An eine Remilitarisierung wollten, ja durften die Deutschen gar nicht denken. Ein Jahr später, im Petersberger Abkommen mit den Westalliierten, verpflichtete sich Adenauer als nunmehriger Chef der gerade entstandenen Bundesregierung offiziell, »die Entmilitarisierung der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern«.

Der falsche Dr. Horn

Das ist wörtlicher zu nehmen, als es Augstein damals wissen konnte. Im nicht nur ehemaligen SS-Quartier in Pullach baute Hitlers Spionagechef Reinhard Gehlen, Leiter der »Abteilung Fremde Heere Ost«, seit 1946 zunächst für den US-Geheimdienst die Organisation Gehlen auf, die später Globke und Adenauer als Bundesnachrichtendienst diente. Es gab noch keine DDR, geschweige eine Stasi, da unterminierte Gehlen mit seinen vorwiegend kriminellen Wehrmachtsoffizieren, SS- und Reichssicherheitshauptamtsleuten die sogenannte Zone ebenso wie seinen westdeutschen Heimatstandort.

In Pullach waren bald die geheimen Vorbereitungen zur westdeutschen Wiederaufrüstung im Gange. Adolf Heusinger, der als Chef der Operationsabteilung der Wehrmacht am 20. Juli 1944 neben Adolf Hitler stand und verletzt wurde, führte jetzt den falschen Titel und den falschen Namen »Dr. Horn« und war Anführer einer ganzen Generalsgruppe, die seit 1948 in Pullach bei der Organisation Gehlen die Remilitarisierung vorbereitete.

»In den letzten Monaten des Jahres 1949 liefen die strategischen Überlegungen von Heusinger, Speidel und Foertsch« – allesamt bewährte Hitler-Generäle – »zügig in Richtung auf eine Einbindung in eine gemeinsame Strategie«, erinnerte sich 2003 Gehlens CIA-Aufpasser James Critchfield (»Auftrag Pullach«).

Warum er immer auf dem häßlichen Begriff »Remilitarisierung« bestehe, fragte Critchfield eines Tages den »Dr.Horn« – Wiederbewaffnung klinge doch viel besser. General Heusingers patzige Antwort: die Amerikaner hätten »Deutschland und der deutschen Sprache den Begriff Demilitarisierung aufgezwungen«. Die »Umkehr dieses Vorgangs« aber sei »logischerweise die Remilitarisierung«.

Und die lief im Untergrund ab. Erst 1955 war mit der Gründung der Bundeswehr die Remilitarisierung offiziell, und erst 1961 berichtete Augstein, was sofort zu enthüllen seine journalistische Pflicht gewesen wäre. Ganz nebenbei schrieb er in einem von Helmut Kohl herausgegebenen Adenauer-Sammelband (»Begegnungen«) über seine konspirative Vermittlungstätigkeit zwischen den Hitler-Generälen und dem damals kommenden Bundeskanzler. Und im selben Jahr 1961 erteilte Augstein – abermals nicht im Spiegel, sondern in einem anderen Sammelband (»Bilanz der Bundesrepublik«) – die richtige Einsicht: »Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen (...)«.

Aber nun schreiben wir erst mal – zwölf Jahre bevor Heusinger stirbt – das Jahr 1970. Der Zweite Weltkrieg ist bekanntlich seit 25 Jahren zu Ende. Die von Großdeutschland annektierten ehemaligen polnischen Gebiete sind jetzt restlos deutsch geworden. Wo einst Polen lebten, sind 2,6 Millionen Deutsche angesiedelt. In Restpolen (»Generalgouvernement«) und in weiten Teilen der ehemaligen Sowjetunion sorgen »Reichsmarken« und »Siedlungsstützpunkte« für die Sicherung der deutschen Herrschaft. Die überflüssige Bevölkerung ist »ausgesiedelt«, die Übriggebliebenen sind in mobilen Arbeitskolonnen für die Deutschen tätig. Das gesamte Gebiet ist dem Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums, Heinrich Himmler, unterstellt.

Menschen verschrotten



Unermüdlicher Planer des Krieges gegen den Osten: General Heusinger (rechts) bei einem Manöver der Bundeswehr bei Nienburg/Weser (23.9.1957)
Foto: AP

So hätte die Welt 1970 ausgesehen, wenn Deutschland 1945 gesiegt hätte. Der »Generalplan Ost«, den Heinrich Himmler ausarbeiten ließ, hätte 25 Jahre nach Kriegsende voll verwirklicht sein sollen. Das unglückliche Kriegsende brachte es mit sich, daß der Terminplan nicht eingehalten werden konnte. Erst die große Wende und der damit verbundene Endsieg über die Sowjetunion bringen es mit sich, daß wieder an eine deutsche Vorherrschaft über den Ostraum gedacht werden darf. Und auch das nur mit schwerwiegender Modifikation. Die Einhaltung der Menschenrechte ist unabdingbar geworden für alle, denen Menschenrechte gebühren.

Das Selbstbestimmungsrecht gehörte allerdings schon immer zu den deutschen Kriegszielen. Das unterstrich 1942 Volksaufklärungsminister Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast: »Wir kämpfen für unsere Freiheit und unser Selbstbestimmungsrecht in einem ausgeweiteten Lebensraum.« Wie

der ausgeweitete Lebensraum auszusehen hat, das entschied vor knapp 70 Jahren im Führerhauptquartier – dort, wo auch Heusinger war – der Reichsführer SS Heinrich Himmler. Er billigte am 12. Juni 1942 den ihm vorgelegten geheimen »Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus«.

Zur selben Zeit – im Juni/Juli-Heft der Zeitschrift Deutsche Arbeit – veröffentlichte Himmler seinen »Leitspruch« für diesen Aufbau in den von der Wehrmacht eroberten Ostgebieten: »Unsere Aufgabe ist es, den Osten nicht im alten Sinne zu germanisieren, das heißt, den dort wohnenden Menschen deutsche Sprache und deutsche Gesetze beizubringen, sondern dafür zu sorgen, daß im Osten nur Menschen wirklichen deutschen, germanischen Blutes wohnen.«

Andere Menschen nicht. Sie waren zu vertreiben, zu vernichten, ja, wie es einer der Mitarbeiter am »Generalplan Ost« formulierte, »zu verschrotten«. Und zwei Jahre später, am 3. August 1944, die sowjetischen Truppen rückten gerade über die Weichsel vor, hält Himmler in Posen, das schon bald wieder Poznan heißen wird, eine Rede zur deutschen Ostbesiedlung. »Das Programm ist unverrückbar. Es ist unverrückbar, daß wir die Volkstumsgrenze um 500 km herausschieben, daß wir ein germanisches Reich gründen werden. Es ist unverrückbar, daß zu den 90 Millionen die 30 Millionen übrigen Germanen dazukommen werden, so daß wir unsere Blutbasis auf 120 Millionen Germanen vermehren. Es ist unverrückbar, daß wir die Ordnungsmacht auf dem Balkan und sonst in Europa sein werden, daß wir dieses ganze Volk wirtschaftlich, politisch und militärisch ausrichten und ordnen werden. Es ist unverrückbar, daß wir diesen Siedlungsraum erfüllen, daß wir hier den Pflanzgarten germanischen Blutes im Osten errichten, und es ist unverrückbar, daß wir eine Wehrgrenze weit nach dem Osten hinauschieben. Denn unsere Enkel und Urenkel hätten den nächsten Krieg verloren, der sicher wieder kommen wird, sei es in ein oder zwei Generationen, wenn nicht die Luftwaffe im Osten – sprechen wir es ruhig aus – am Ural stehen würde.«

Städte ersterben

Dieses Programm war unverrückbar gewesen. Als am 22. Juni 1941 der Überfall auf die Sowjetunion begann, war der Tod von Millionen ihrer Bürger im Interesse der siedlungswilligen Deutschen fest beschlossen. Sieben Wochen vor der Kriegserklärung hatte die Wehrmachtsführung am 2. Mai 1941 ihren Anteil an der Ausrottungspolitik festgelegt: »1. Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird. 2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird.«

Am 17. Oktober 1941 verkündete Hitler vor Gästen: »In die russischen Städte gehen wir nicht hinein, sie müssen vollständig ersterben. Wir brauchen uns da gar keine Gewissensbisse zu machen. Wir leben uns nicht in die Rolle des Kindermädchens hinein, wir haben überhaupt keine Verpflichtungen den Leuten gegenüber. Das Wohnhaus reformieren, die Läuse fangen, deutsche Lehrer, Zeitungen? Nein, lieber richten wir einen Rundfunk ein, der von uns abhängig ist, und im übrigen sollen sie nur die Verkehrszeichen lernen, damit sie uns nicht in die Wege laufen.«

Das war blindwütiger Extremismus, von dem man sich nur distanzieren kann. Denn heute sind nicht nur osteuropäische Rundfunkanstalten in westdeutschem Besitz. Als treusorgende Gouvernanten geben westdeutsche Pressekonzerne von Prag, Warschau, Budapest bis Belgrad Zeitungen heraus, die dem gemutmaßten Intelligenzniveau der Eingeborenen angepaßt sind.

Am selben 17. Oktober 1941 stenographierte einer der Adjutanten im Führerhauptquartier mit, wie sich Hitler seinen Aufbau Ost vorstellte: »Die großen Straßen – der Führer sprach heute nicht nur von der zur Krim, sondern auch von einer nach dem Kaukasus und von 2 oder 3 durch die weiter

nördlich liegenden Gebiete – müßten durch landschaftlich schöner gelegene Teile gelegt werden. An den großen Flußübergängen müßten deutsche Städte entstehen, die Zentren für Wehrmacht, Polizei, Verwaltung und Partei.« Die russischen Städte sollten sterben. Für die Industriezentren Moskau und Leningrad wurde vom Wirtschaftsstab Ost schon einen Monat vor Kriegsbeginn der Hungertod eingeplant, damit die Landschaften deutsch auferstehen und erblühen.

Und so sah es das Projekt, das aufgrund dieser Vorgaben von Hitler und Himmler entstand: »Die deutschen Waffen haben die in Jahrhunderten immer wieder umstrittenen Ostgebiete endgültig dem Reiche gewonnen. Das Reich erblickt nunmehr seine vornehmste Aufgabe darin, diese Gebiete innerhalb kürzester Frist zu vollwertigen Reichsgauen auszubauen.« Das proklamierte im Juni 1942 der »Generalplan Ost« in seiner dritten, nunmehr von Himmler völlig gebilligten Fassung. Erarbeitet war der Plan von dem Berliner Agrarwissenschaftler und SS-Oberführer – das entsprach einem Generalsrang – Prof. Dr. Konrad Meyer, der dies herausgefunden hatte: »An der vordersten Front des deutschen Volkstums gegenüber dem Russen- und Asiatentum sind (...) bestimmte Gebiete vorgezeichnet, die eine besondere Reichsaufgabe haben. In diesen Gebieten ist zur lebenswichtigen Sicherung des Reiches nicht nur der Einsatz von Machtmitteln und Organisation, sondern gerade von deutschen Menschen als bodenständiger Bevölkerung notwendig. Hier soll in vollkommen fremder Umwelt deutsches Volkstum mit dem Boden verwurzelt und in seinem biologischen Bestand für die Dauer gesichert sein. Diese Gebiete sind zunächst der Gotengau und das Ingermanland. Ferner wird ein weiteres Gebiet, das Memel-Narewgebiet, in Vorschlag gebracht.«

Gotengau, das war die kräftig in die Ukraine erweiterte Krim. Dort sollten die deutschsprechenden Südtiroler angesiedelt werden, die Hitler Mussolini zuliebe aus ihrer norditalienischen Heimat weggebracht hatte. Und Ingermanland, das war ein weites Gebiet südlich von Leningrad, das von 1941 bis 1944 von deutschen Truppen belagert, aber nicht eingenommen wurde, weil die eingeschlossenen Bewohner verhungern sollten. Dann sollte Leningrad nach Hitlers Willen dem Erdboden gleichgemacht und das Gelände der Stadt den finnischen Bundesgenossen geschenkt werden.

Neben diesen Gauen sollten weit im Osten noch Siedlungsmarken, das sind militärisch beherrschte Grenzterritorien, errichtet werden. Sie sind, so schrieb der Generalplan Ost vor, »aus ihrem bisherigen staatsrechtlichen Territorialverband auszugliedern und – unmittelbar unter dem Führer – der Hoheitsgewalt des Reichsführers SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums für die Dauer des Aufbaues zu unterstellen.«

Dieses Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums war die zentrale Umsiedlungs- und Rassenplanungsbehörde, die von Himmler ebenso geführt wurde wie das zentrale Terrorinstrument, das Reichssicherheitshauptamt. Meyers Generalplan Ost lieferte den Osten Himmlers uneingeschränkter Gewaltherrschaft aus. »Der Reichsführer SS übernimmt gegenüber dem Führer die Verantwortung für die Eindeutschung und den ihrem besonderen Reichssicherungszweck entsprechenden Aufbau. Nach Erfüllung des Auftrages werden die Siedlungsmarken in das Reichsgebiet eingegliedert und können nun – unter Beachtung gewisser Rücksichten – der allgemeinen Verwaltung unterstellt werden.«

Das wird gefeiert – 1960

Nun aber schnell zurück von diesen irrwitzigen Vorstellungen in die freiheitlichdemokratische Grundordnung der Bonner Republik. 1960 feiert die 1946 begründete Akademie für Raumforschung und Landesplanung schon nach vierzehn Jahren ihr 25jähriges Jubiläum – sie verstand sich als ungebrochene Fortsetzung der NS-Wissenschaft vom Raum, der von Konrad

Meyer geschaffenen »Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumordnung«. An dieser Jubelfeier beteiligten sich neben zahlreichen Naziprofessoren, die jetzt im Dienst des demokratischen Staates standen, auch ein Staatssekretär, ein Regierungsdirektor, zwei Ministerialdirigenten, vier Ministerialräte und fünf Oberregierungsräte aus Bund und Ländern mit umfangreichen Redebeiträgen. Sie alle feierten 1960 die Gründung von Himmlers Raumplanungslabor, der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, dieser, wie es der SS-General a. D. und nunmehrige Professor an der Universität Hannover Konrad Meyer 1936 formuliert hatte, »aus Idee und Gestalt des Nationalsozialismus geborenen Kampforganisation gegen die Wirkungen, Ideen und Denkformen eines verstädterten artfremden Zeitgeistes«.

Diese »Idee einer notwendigen Raumordnung« war 1935 mit Meyers Gründung der »Reichsarbeitsgemeinschaft« vom Staat – von Hitlers Staat – »offiziell anerkannt und mit entsprechenden Wirkungsmöglichkeiten ausgestattet« worden. So interpretierte es 1960 der Akademiepräsident Karl Heinrich Olsen in der Einleitung zum Sammelband der Jubiläumsreden. Raumordner Konrad Meyer, dessen »entsprechende Wirkungsmöglichkeiten« zu Vertreibung und Vernichtung von Millionen Menschen führten, betonte bei der 25-Jahr-Feier, welche Wichtigkeit die – wie er es nannte – »Vorkriegsuntersuchungen« nach dem Krieg in der Bundesrepublik erhalten haben, weil nämlich »Westdeutschland (...) und dessen verstümmelter Raum durch das Hineinpressen von mehreren Millionen Vertriebenen überlastet war«.

Im November 1969 hielt der 68jährige Professor seine Abschiedsvorlesung und gestattete sich an deren Ende die Anmerkung: »Es war mir vergönnt, den Weg der Raumforschung durch drei Jahrzehnte – mit einiger Unterbrechung durch Kriegsdienst und Nachkriegsjahre – zu begleiten und an seinem Ausbau mitzuwirken.«

Jubiläen des Völkermords – überall und immer wieder – könnten wir sie feiern, wenn nicht im April 1941 Jugoslawien aufsässig geworden wäre, so daß die deutschen Generale leicht verspätet zum Blitzfeldzug gegen den Bolschewismus antraten und so nicht mehr vor dem Wintereinbruch Moskau nehmen und damit dem ganzen kommenden Unheil Einhalt gebieten konnten.

Das gebot Rache. Adolf Heusinger, der sich damals im Generalstab des Oberkommandos des Heeres mit der Planung des Überfalls auf Jugoslawien befaßte und über dessen Schreibtisch dann auch die Liquidationsmeldungen liefen (20. Februar 1943: »Bei Pozaverac zur Vergeltung« – für drei im Kampf umgekommene Offiziere – »400 Festgenommene erschossen«), Heusinger durfte den Freudentag nicht mehr erleben. Dem Kaiser hatte er seit 1915 gedient, dann Ebert und Hindenburg (da war er schon im heimlichen Generalstab), dann diente ihm Hitler zum Ausleben seiner militärischen Gelüste, dann war er bei Gehlen, dann erster Generalinspekteur der Bundeswehr unter Adenauer mit Großem Verdienstkreuz samt Stern und Schulterband, und auch noch 1961 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Washington und Mitinitiator ihrer Nuklearstrategie – was konnte es Schöneres in einem Soldatenleben geben?

Doch die Krönung blieb ihm versagt. Heusinger starb, bevor Gerhard Schröders und Joseph Fischers Luftwaffe 1999 das fortsetzte, was Adolf Hitlers und Hermann Görings Stukas 1941 begonnen hatten: die Bombardierung Belgrads – und das, so friedensliebend ist Deutschland, ohne Kriegserklärung, aber »in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes« (Schröder). Dieser gemeinsame Kampf – Parole »Nie wieder Auschwitz!« (Fischer) – für die unveräußerlichen Menschenrechte der im Völkergefängnis Jugoslawien unterdrückten Kroaten, Slowenen und Kosovaren, dieser seit 1914 immer wieder aufgenommene Krieg gegen Serbien wurde – wir haben es verdient – zum Gründungsmythos der Berliner Republik.

Führerin des Kontinents

Deuropa – Deutschland macht sich breit. Teil V und Schluß (2000–2011): Berlin beherrscht heute Europa, weil die Wehrmacht die besetzten Länder arm gemacht hat

Von Otto Köhler



Ein frisches Herz für die Kanzlerin?
Angela Merkel konsultiert den
erfahrenen Organhändler Hashim
Thaci (Pristina, 19. Dezember 2011)
Foto: Reuters

Christfest 2011. Ulf Poschardt, inzwischen seriöser Vizechef der Welt – er wurde zu Beginn des Jahrtausends wegen des permanenten Abdrucks von Fälschungen als Chefredakteur des SZ-Magazins gefeuert –, verkündet allen ehrlichen Deutschen die frohe Botschaft: »2011 hat Deutschland in Europa die Führung übernommen, und kaum jemanden erschreckt das.«

»Was ist nur mit uns los?« Das fragt er. Und antwortet ohne Verzug: »Wir sind wieder wer.« Anfangen habe das mit einem »Wunder von Bern«. Damit meinte der Welt-Mann mutmaßlich ein vor ewigen Zeiten von einer westdeutschen Mannschaft gewonnenes Fußballspiel. Von da ab ging es mit dem »Wirtschaftswunder« aufwärts bis zur »Bunten Republik Deutschland« unter der Kanzlerin, der er bestätigt: »Die sachliche Art, mit der Angela Merkel die Führung Europas angegangen ist, läßt keinen Raum für chauvinistische Überheblichkeiten.«

Aber: Der »fehlende Respekt der Deutschen für Merkels Taten« macht ihm schon seit Wochen schwere Sorgen. »Kanzlerin Angela Merkel ringt momentan Tag und Nacht um die Rettung unseres Wohlstands. In Deutschland wird das nicht gesehen, geschweige denn wertgeschätzt.« Dieser verweigerte Respekt – Poschardt: »Es hat sich ein raunziger Ton eingeschlichen in die Kritik an Angela Merkel und ihrer Regierung, der etwas Anmaßendes hat« – muß ihr ans Herz oder an die Nieren gegangen sein. Jedenfalls konsultierte die Bundeskanzlerin unmittelbar vor den Weihnachtsfeiertagen den renommierten kosovarischen Organhändler Hashim Thaci und honorierte ihn angemessen für seine offenbar erfolgreichen Bemühungen: Berlin verweigert Serbien den versprochenen Status eines EU-Beitrittskandidaten.

Wir wissen: Um eine »humanitäre Katastrophe« abzuwenden – es gab kaum noch Organe auf dem freien Markt –, war Deutschland 1999 mit seinen Verbündeten im Kosovo einmarschiert. Seither genießen unsere Soldatinnen und Soldaten dort ein sehr ordentlich bezahltes und relativ ungefährdetes Leben unter dem Schutz der dankbaren kosovarischen Mafia.

Wer, wenn nicht wir?

Gerhard Schröder, der damit angefangen hatte, sagte: »Wir führen keinen Krieg.« Diese strenge Sichtweise hat sich inzwischen gelockert, aber man muß sie verstehen. Noch lange nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit gab es eine weitverbreitete Tabuisierung des Krieges, wie wir sie so aus der deutschen Geschichte nicht kennen. Michael Stürmer, diplomatischer Korrespondent der Welt und ein sehr verlässlicher Historiker – er weiß, daß in einem »geschichtslosen« Land die Zukunft gewinnt, wer »die Erinnerung füllt, Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet« –, hat zu dieser Tabuisierung des Krieges viel beigetragen. Ausgerechnet er, der heute durchaus Präsident des Alldeutschen Verbandes sein könnte, wenn es ihn noch als Organisation gäbe, hat wenige Tage vor der Wiedervereinigung zu einem programmatischen Termin eine programmatische Rede gehalten. Es war der 28. September 1990 – fünf Tage später wurde Deutschland wiedergeboren.

Michael Stürmer sprach an diesem Tag im Westberliner Interconti auf der Festveranstaltung zum 100jährigen Geburtstag des Gesamtverbands der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall). Doch der Historiker wußte: Dies ist nicht der Geburtstag von Gesamtmetall – der war schon am 19. März 1890. Dieser 28. September 1990 war vielmehr der 100. Geburtstag des von den Metallindustriellen gegründeten und finanzierten Alldeutschen Verbandes, auf den die meisten der gründlich durchdachten Expansionspläne für Deutschland zurückgehen. Das durfte fünf Tage vor dem Einheitsvollzug nicht laut gesagt werden. Und so meldete er – als Lehre von 100 Jahren Gesamtmetall – den heute eingelösten Anspruch an: »Als Händler und Manager, Unternehmer und Bankiers durften die Deutschen in der Tat die Vorherrschaft in Europa anstreben.« Mit einer Kautele: »Aber als Helden hätten sie es besser unterlassen.«

Das mußte Stürmer so sagen. Er war langjähriger Berater von Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit. Kriegerische Töne durfte sich Deutschland in dieser delikaten Situation von 1990 auf keinen Fall leisten. Das ist heute längst anders.

Am 10. Dezember 2011 schreibt Stürmer – »Krise und Krieg« – in der Welt den Leitartikel: »Das größte Potential für Krieg liegt gegenwärtig in der iranischen Atomrüstung.« Er sagt nicht Gefahr. Er sagt Potential. Er meint: Das ist entwicklungsfähig. Er sagt: Die iranische Atomrüstung – er erläutert: »Anders als in Sachen Irak 2002 handelt es sich nicht um ein Gespenst.« – verlange »nach einer entschlossenen Antwort«. Er mahnt: »Viel Zeit bleibt nicht.« Entweder »Präventivschlag« oder »härteste Sanktion«. Und fordert: »Bei all dem kommt Deutschland (...) die Schlüsselrolle zu.« Und er ermuntert: »Um den Ernstfall zu vermeiden, muß man ihn denken. Wann, wenn nicht jetzt? Und wer, wenn nicht wir?«

Umgangssprache Krieg

Ende des Kommentars. Anfang des Befehls an die Deutschen, wieder Helden zu werden. Deutschland sagt nicht mehr »humanitäre Hilfe«, »Brunnen bohren«, »Mädchenschulen bauen«. Nein, Deutschland sagt wieder Krieg, wenn es Krieg führt. Diese falsche Scham, sich zur natürlichen Tätigkeit unserer Soldatinnen und Soldaten zu bekennen, diese Scham überwunden zu haben, ist das – oder der? – lebenslängliche Verdienst des darob zurückgetretenen Bundespräsidenten Horst Köhler. Er hat das Tabu gebrochen und ausgesprochen, daß »militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren«, Krieg für »freie Handelswege« zum Beispiel. Und auch dem Freiherrn Karl Theodor zu Guttenberg kann keiner Feigheit vorwerfen. Vor den Leichen dreier seiner Soldatinnen und Soldaten bekannte er völlig unaufgeregt, man dürfe »umgangssprachlich von Krieg« reden.

Deutschland ist in seinem Umgang mit sich selbst und mit dem Rest der Welt wieder ehrlich geworden.

Seiner Tüchtigkeit im letzten Weltkrieg verdankt Deutschland den Wohlstand, der es vor den meisten Ländern Europas auszeichnet. Gewiß, auch Deutschland hatte nach seinem Völkerringen Inflation. Aber Deutschland hat dieses Problem mit der Währungsreform in offenem und ehrlichem Klassenkampf bewältigt: Die Ersparnisse der kleinen Leute wurden vernichtet, die Produktionsmittel blieben in der Hand der Größeren und jeder, ob nunmehr arm oder weniger arm, bekam 40 Deutsche Mark in die Hand gedrückt. Das lief in den meisten Ländern Europas anders.

Dort begann die Inflation früher und war weit schärfer. Sie wurde mit den deutschen Besatzungstruppen eingeführt. Der Berliner Historiker Werner Röhr (»Europa unterm Hakenkreuz«) stellte fest: »Die einseitig festgelegten Besatzungskosten bildeten in den meisten besetzten Ländern die wahrscheinlich schwerste wirtschaftliche Belastung. So zahlte Frankreich während der Okkupation insgesamt 42,544 Milliarden Reichsmark »Besatzungskosten«, die Niederlande 14,886 Milliarden Reichsmark und Belgien 5,576 Milliarden Reichsmark.«

Damals war eine Milliarde noch kein Spielgeld. Man muß die Milliarden in Relation zu den damaligen Verhältnissen stellen. Belgien beispielsweise zahlte insgesamt 69,7 Milliarden belgische Francs an Besatzungskosten, das waren 46 Prozent aller belgischen Staatsausgaben. Frankreich wurden die absolut höchsten Besatzungskosten auferlegt, täglich 20 Millionen Reichsmark. Italien wiederum hatte nach dem Abfall von den Deutschen im Verhältnis zu seiner volkswirtschaftlichen Leistungskraft die höchsten Besatzungskosten zu zahlen. Röhr: »Die Bestimmung des Kriegsvölkerrechts, die Besatzungsmacht habe bei ihren wirtschaftlichen Ansprüchen die Leistungsfähigkeit des Landes zu berücksichtigen, wurde nicht nur für die Besatzungskosten, sondern in jeder Hinsicht ins Gegenteil verkehrt.«

Es ging Großdeutschland keineswegs darum, die tatsächlichen Kosten der im Land unterhaltenen Besatzung abzudecken. Es ging darum, die Wirtschaftskraft dieser Länder zu vernichten, die Konkurrenz auszuschalten. Werner Röhr: »Die Entrichtung dieser »Besatzungskosten« mußte in allen Ländern unweigerlich und zunehmend radikalisiert zur Inflation führen, zumal die bewußt ungünstige Zwangsfestsetzung des Umtauschkurses der Landeswährung zur Reichsmark diese Folge zusätzlich verstärkte. Die Höhe der Besatzungskosten wurde bewußt mit dem Ziel einer »geordneten Schwächung« der Länder festgesetzt.«

Und so herrschte in Italien, Frankreich, Belgien und den meisten anderen von den Deutschen besetzten Ländern auch nach dem Krieg Inflation, während das besiegte Deutschland bald wieder prosperierte. Tatsächlich gehörte Westdeutschland, das mit seiner schnellen Währungsreform, die die kleinen Sparer enteignete und den Besitz von Sachwerten und Produktionsmitteln unangetastet ließ, wirtschaftlich zu den Gewinnern des Zweiten Weltkriegs. Die Sachwerte und Produktionsmittel waren zuvor – und viel davon war unentdeckt geblieben – aus ganz Europa zusammengeplündert worden.

Herrscher des Handels



Hitler in Athen – Adolf Merkel, hormonbehandelt (Plakat griechischer Demonstranten, 28. Dezember 2011)
Foto: Reuters

Es gab ein schnell verwirklichtes Programm zur weiteren Bereicherung Großdeutschlands, das hieß: »Ausbau des deutschen Clearing-Systems zu einem europäischen Zentralclearing.« Das hatte, wie der Handelspolitische Ausschuß der Reichsregierung bereits am 23. Juli 1940 formulierte, den Zweck, »die Verflechtung des deutschen Wirtschaftsraumes mit den Wirtschaftsräumen der (...) einzubeziehenden Länder durch eine Erleichterung des Zahlungsverkehrs zu fördern und zu vertiefen und damit die europäische Großraumwirtschaft organisch vorzubereiten. Insbesondere soll durch die Abwicklung einer größtmöglichen Zahl der zwischen den beteiligten Staaten sich vollziehenden Zahlungsvorgänge über die Konten der deutschen Verrechnungskasse die dominierende Stellung der Reichsmark weitgehend vorbereitet werden.«

Die Clearingverrechnung machte Deutschland zum Herrscher des Handels in Europa. Röhr: »Diese Clearingverrechnung lief de facto auf einen hochgradigen Pseudoaußenhandel hinaus. Die Lieferungen von Firmen aus den besetzten Ländern nach Deutschland wurden nicht direkt vom deutschen Empfänger bezahlt, sondern zunächst von der Regierung bzw. der Nationalbank des okkupierten Landes. Diese Vorauszahlungen sollten dann gegen deutsche Lieferungen verrechnet werden. Dieser Zahlungsverkehr sollte über ein bilaterales Clearingkonto erfolgen. Deutsche Empfängerfirmen zahlten ihre Preise ebenfalls bei der Deutschen Verrechnungskasse ein. Allerdings verwandte diese die eingezahlten Reichsmark-Beträge keineswegs zum Zahlungsausgleich, sondern zog sie größtenteils direkt zur Kriegsfinanzierung heran.«

Mit auch nur annähernd gleichberechtigten Handelsbeziehungen hatte das nichts zu tun. Deutschland holte aus den beteiligten Ländern, was es brauchte, und davon mehr und mehr. Und lieferte andererseits nur, was es für absolut entbehrlich hielt – und das, was für den Bedarf der eigenen Truppen in den besetzten Ländern notwendig war. Die Zentralbanken der besetzten Länder mußten immer mehr Vorschüsse für ihre Exportfirmen zahlen – aber ein Zahlungsausgleich mit Deutschland rückte in immer weitere Ferne.

Mit dem europäischen Zentralclearingsystem wurde auch der Zahlungsverkehr der besetzten, abhängigen und neutralen Länder untereinander über die Berliner Verrechnungskasse gelenkt. Damit kontrollierte Deutschland den Handel in Europa. Ende 1941 waren über 20 Staaten ins Zentralclearing in Berlin eingebunden. Röhr: »Das Zentralclearing fungierte so als ein Instrument der schrittweisen Durchsetzung der wirtschaftlichen Vorherrschaft im ›Großwirtschaftsraum‹ und

schuf über die Regulierung des internationalen Zahlungsverkehrs Kontrolle und Herrschaft.«

Damals hatte Deutschland in ganz Europa abgeräumt, den Kontinent ausgeplündert und viele seiner Staaten durch Inflation für Jahrzehnte in Not und Elend gestürzt. Es selbst blieb dank dieser Ausbeutung und trotz aller selbstverschuldeten Zerstörungen für die Wenigen, auf die es ankam und die durch den Krieg reicher geworden waren, ein wohlhabendes Land.

Daran änderte gerade auch die Währungsreform von 1948 nichts. Diese Roßkur, die das erhaltene und durch Raubzüge vermehrte Produktivkapital völlig unangetastet ließ – vom Intermezzo der rasch revidierten Nürnberger Urteile gegen Wirtschaftsgrößen abgesehen –, und die andererseits die Sparvermögen der kleinen Leute und des Mittelstandes vernichtete, ermöglichte den Wiederaufstieg der Deutschen zum Herrenvolk in Europa. Der deutsche Wohlstand nach 1945 und Ludwig Erhards vermeintliches Wirtschaftswunder beruhen auf dem durch den deutschen Angriffskrieg verlorenen Wohlstand der Völker Europas.

Treuhand für die Griechen

Griechenland hatte es unter der deutschen Besatzung besonders hart getroffen, ein Grund mehr, es heute härter anzufassen. Das besorgte zunächst Deutschlands treuester europäischer Vasall, der alte Kohl-Freund und Luxemburger Ministerpräsident Jean-Claude Juncker. »Ich würde es sehr begrüßen, wenn unsere griechischen Freunde nach dem Vorbild der deutschen Treuhandanstalt eine regierungsunabhängige Privatisierungsagentur gründen würden«, erklärte er im Mai 2011 einem Interview mit dem Spiegel. Er warnte davor, bei einer Hilfsaktion die Banken mitzahlen zu lassen. Die finanzierten besonders gern deutsche Rüstungsexporte nach Griechenland. »Wir haben in Griechenland nicht unerhebliche ausstehende Forderungen«, klagte etwa Siemens-Vorstand Peter Solmssen. Das stimmt, seit das ehemalige Zentralvorstandsmitglied Volker Jung aus Griechenland geflohen ist und sich so einem seit 2009 anhängigen Verfahren wegen der Bestechung von Politikern und Beamten entzogen hat. Das Korruption unzulässig ist, hatte er als Siemens-Mann nicht wissen können.

Anfang Juli verlangte Juncker im Focus, die Souveränität Griechenlands müsse deutlich eingeschränkt werden, und wiederholte: Für die anstehende Privatisierungswelle benötige Athen eine Lösung nach dem Vorbild der deutschen Treuhand-Anstalt.

Welcher – das präzierte er nicht. Beide sind schlimm genug. So wie die erste, die Haupttreuhandstelle Ost, ab 1940 mit Polen umging, so hatten die Deutschen auch in Griechenland gewütet von April 1941 bis November 1944. Erfahrene Spitzenkräfte der deutschen Wirtschaft saßen in der Athener Zweigstelle des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht. Auf Grund seit längerer Zeit vorbereiteter Unterlagen hatte diese Wehrwirtschaftsorganisation die Aufgabe – so der Historiker und Griechenland-Experte Martin Seckendorf – »schnellstmöglich alles Brauchbare, alle Vorräte an Lebensmitteln, Treibstoffen, agrarischen und mineralischen Rohstoffen und Tabak sowie Bergbau- und Industriebetriebe zu erkunden und zu beschlagnahmen«.

Seckendorf hat an diesem Ort (jW-Thema, 6.4.2011) die nachhaltige Brutalität der deutschen Besatzung in Griechenland geschildert, den Raub der Rohstoffe, die aktive Deindustrialisierungspolitik, welche von den in Athen stationierten Vertretern deutscher Großkonzerne betrieben wurde.

Die Drachme haben die Deutschen auch kaputtgemacht. Ein Oka (1280 Gramm) Brot kostete vor dem Einmarsch der Deutschen zehn Drachmen. Am 1. Januar 1944 zahlte man dafür 34000

Drachmen, an Hitlers 55. Geburtstag waren es 460000, und kurz vor dem Abzug der Deutschen am 10. September 1944 schon 400 Millionen Drachmen – so steht es im Abschlußbericht der deutschen Militärverwaltung.

Wiedergutmachung, Rückgabe des Geraubten sollte es erst nach einem Friedensvertrag nach der »Wiedervereinigung« geben. Daß der nicht zustande kam, dafür sorgte im Anschlußtaumel Helmut Kohl in den 2+4-Gesprächen.

Demokratie in Hellas – das hat man in Deutschland nie gern gesehen. Nach der Revolution gegen das Osmanische Reich wurde Griechenland 1830 ein selbständiger Staat. Aber dieser sollte, um Resteuropa kein schlechtes Beispiel zu geben, weder eine Republik noch eine Demokratie sein; die Deutschen schickten in Übereinstimmung mit den anderen europäischen Großmächten einen minderjährigen Bayernprinzen als König Otto I. Er marschierte mit 3500 bayerischen Soldaten ein. Und mußte nach einem Volksaufstand unter Mitnahme der Kronjuwelen und seines 50köpfigen Hofstaates 1862 nach Bamberg fliehen. Er verstieß allerdings gegen das – wir kommen gleich drauf – Kauder-Gebot: Zwischen sechs und acht Uhr hatte jeden Abend der gesamte Hofstaat griechisch zu sprechen.

Europa kuscht

Die vergangenen zwei Jahre schwarz-gelber Koalition brachten auch einen beachtlichen kulturellen Fortschritt für den ganzen Kontinent. »In Deutschland ist es üblich, daß man deutsch spricht«, erläuterte im September 2009 der neue Außenminister Guido Westerwelle, bevor er sein Amt antrat, auf einer großen internationalen Pressekonferenz einem britischen Journalisten und mahnte: »In Deutschland spricht man deutsch.« Damit das auch gleich klar sei, erlaubte er, anderswo dürfe man englisch sprechen. Und gab zu bedenken: »Aber, es ist Deutschland hier.« Das war so kleinmütig wie inzwischen seine ganze Zweiprozentpartei. Richtig dagegen ist die deutliche Ansage des CDU-Fraktionschefs Volker Kauder: »In Europa wird wieder Deutsch gesprochen.«

So laut sprach man früher nicht: »Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen, wie dies aus Gründen der wirtschaftlichen Stärkung des europäischen Kontinents als Kernraum der weißen Rasse unbedingt erforderlich ist und eintreten wird, so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer nur von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst.« Solche Rücksichtnahme auf fremde Empfindlichkeit, wie sie hier noch 1940 der Lübecker Chemieindustrielle und außenpolitische Amtsleiter der NSDAP-Reichsleitung Werner Daitz zeigte, hatte Kohl-Berater Michael Stürmer am 100. Geburtstag der Alldeutschen nicht mehr nötig, als er öffentlich deklarierte: »Deutschland wird, seit dem 9. November 1989 noch verstärkt durch staatliche Wiedervereinigung, Konsortialführer der europäischen industriellen Demokratien.«

Anstößig an Stürmers Redeweise ist allerdings der unbedachte Gebrauch der Vokabel »Demokratie«, zumal dieses Wort aus dem Griechischen kommt. So etwas sagt man nicht. Und denkt es schon gar nicht. Erinnern wir uns nur an die Empörung, die der griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou mit seiner plötzlichen Idee einer Volksabstimmung in ganz Berlin hervorrief. »Will uns der Griechen-Premier verarschen?« fragte Bild. Papandreou zog sein Ansinnen sofort zurück und sich selbst aus dem Verkehr seriöser Staatsmänner.

Entscheidungsberechtigt sind in Deutschland die Großbanken. Nicht den Millionen Bürgern Europas steht die Herrschaft über ihren Kontinent zu, sondern den Milliarden der Banken. Angela Merkel hat das sehr sinnfälliger zum Ausdruck gebracht, indem sie ihr Bundeskanzleramt als Partystätte dem Deutschbankier Josef Ackermann für seine Geburtstagsfeier überließ.

Das auf dem ganzen Kontinent tätige Haus Springer hatte zum Weihnachtsfest den hinreichend erwähnten Poschardt losgeschickt, um Europa zu beruhigen, auf daß es sich nicht erschrecke vor der deutschen Führungsrolle. Das war eine schöne Geste für die Feiertage. Zuvor hatte die Welt ein wahres Trommelfeuer eröffnet gegen jeden Widerstand, der sich irgendwo bemerkbar machen könnte. Ende November: »Jetzt regiert Angela Merkels harte Hand Europa.« Und zwar so: »Wenn die gemeinsame Währung weiter bestehen sollte – und die Chancen dafür stehen nicht so schlecht –, wird Europa deutscher werden. Mehr Kontrolle, mehr Disziplin und härtere Strafen.« Und Mitte Dezember: »USA zittern vor dem ›Tempo‹ der Eisernen Kanzlerin.«

Richtig, US-Präsident Barack Obama wendet sich mehr und mehr von Europa ab. Im Sommer bei einem Staatsempfang zu Ehren Angela Merkels im Rosengarten des Weißen Hauses sagte er ihr, warum: »Europa braucht einen Führer – und das bist du.« Sie ist die Führerin seines Vertrauens.